

SVP – die Partei für die Schweiz

Parteiprogramm 2015-2019

Schweizer Erfolgssäulen erhalten	2
Aussenpolitik	4
Finanzen, Steuern und Abgaben	9
Werkplatz Schweiz	12
Eigentum	16
Ausländerpolitik	19
Asylpolitik	24
Sicherheit	29
Armee	33
Bildung	36
Sozialwerke	39
Gesundheit	43
Landwirtschaft	46
Verkehr	49
Energie	53
Umwelt	56
Medien	59
Sport	57
Kulturpolitik	60
Religionen	67
Mensch im Mittelpunkt	70

Schweizer Erfolgssäulen erhalten

Die Schweiz hat sich als kleines, von Natur aus armes Land vom einstigen Armenhaus Europas zu einem der erfolgreichsten und wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt. Dies hat sie im Wesentlichen ihrer besonderen Staatsform zu verdanken, nämlich den Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus. Sie formen den einzigartigen „Sonderfall Schweiz“. Sie sind der Garant für Freiheit und Wohlfahrt. Nur dank diesen Erfolgssäulen konnte unser Land seinen wirtschaftlichen Spitzenplatz in der Welt erreichen und behaupten, nur dank ihnen lassen sich Freiheit und Wohlfahrt erhalten. Nur so stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt – nicht die Politiker und Funktionäre.

Angriff auf die Staatssäulen

Mit Ausnahme der SVP ziehen alle andern Parteien auf die Gegenseite. Sie unterwandern und zerstören diese Staatssäulen. Sie drängen die Schweiz in die Fremdherrschaft, nämlich zum EU-Beitritt, sie wollen fremdes Recht und fremde Richter, so dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit verliert. Sie schaffen zunehmend die direkte Demokratie ab, indem sie Volksentscheide nicht durchsetzen. Die andern Parteien achten fremde Gesetze mehr als Schweizer Gesetze, sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren. Sie verstossen laufend gegen die Neutralität, indem sie zu internationalen Konflikten Stellung nehmen und in den UNO-Sicherheitsrat drängen. So ziehen sie den Krieg ins eigene Land. Die andern Parteien missachten den Föderalismus, indem immer mehr Entscheide weg von den Kantonen und Gemeinden nach Bundesbern wandern – zum Nachteil unserer Kinder, unserer Familien und unserer Schulen.

Unabhängigkeit in Gefahr

Die in der Bundesverfassung verankerten Staatssäulen haben der Schweiz eine vorbildliche Weltoffenheit gebracht. Gleichzeitig hat sich die Schweiz ihre Unabhängigkeit bewahrt und keine Fremdbestimmung geduldet. Die Bewahrung der Unabhängigkeit ist nichts weniger als schweizerischer Staatszweck. Die sieben Bundesräte und sämtliche Volksvertreter haben dafür einen Eid oder ein Gelübde abgelegt. Doch die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent für die Erfolgssäule der Unabhängigkeit einsetzt, die uns Freiheit und Wohlfahrt garantiert. Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Verwaltung tun das Gegenteil: Sie treiben den schleichenden EU-Beitritt voran. Sie reden von „Rahmenverträgen“ oder „institutionellen Bindungen“, meinen aber die Übernahme von fremdem Recht und das Urteil fremder Richter.

Direkte Demokratie wird ausgehöhlt

Unser Mitbestimmungsrecht der Bürger ist ein weltweiter Sonderfall. Seit 1848 haben in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen stattgefunden, als in allen andern Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben. Dank der direkten Demokratie stehen bei uns die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Sie können nicht nur ihre Behörden wählen, sondern auch in Sachfragen bestimmen. Dies verhindert, dass die Politiker über die Köpfe der Bürger hinwegentscheiden. Die SVP ist die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die direkte

Demokratie stellt. Die andern Parteien wollen sie zunehmend einschränken. Sie weigern sich, Volksentscheide umzusetzen, indem sie auch nicht zwingendes „Völkerrecht“ als dem Landesrecht übergeordnet erklären. Sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren, indem sie Initiativanliegen vorprüfen, verweigern oder davor ausdrücklich warnen wollen.

Die Neutralität wird zerstört

Für einen weltoffenen Kleinstaat wie die Schweiz ist die dauernd bewaffnete Neutralität das erfolgreichste Sicherheitskonzept. Das hat die Schweiz über Jahrhunderte bewiesen: Weil sich die Schweiz nicht in fremde Konflikte mischt, zieht sie den Krieg nicht ins eigene Land und schafft sich nicht unnötig Feinde. Dies führt zur erfolgreichen Weltoffenheit, indem sie mit allen Staaten freundschaftlich verkehrt, ohne die eigene Souveränität preiszugeben. So kennt die Schweiz seit 200 Jahren keinen Krieg. Die neutrale Haltung verlangt auch, dass sich unsere Behörden mit Stellungnahmen zu internationalen Konflikten zurückhalten. All dies versucht man zurzeit in Bundesbern zu missachten, so dass die Neutralität unglaubwürdig wird. Man mischt sich überall ein und geht grosse Risiken ein. Die SVP ist die Partei, die vorbehaltlos hinter der schweizerischen Neutralität steht, weil dies die grösste Sicherheit und Weltoffenheit bietet und dazu erst noch die Möglichkeit gibt, besondere gute Dienste für den Frieden zu leisten.

Föderalismus wird unterwandert

Unser Bundesstaat als Zusammenschluss von Minderheiten lebt vom Föderalismus von Kantonen und Gemeinden. Der Föderalismus gewährt den Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche Mitbestimmung in überschaubarem Rahmen. Zentralistische Entscheide über die Köpfe der Bevölkerung hinweg führen zu Resignation, Politikverdrossenheit und Misswirtschaft. Je bürgernäher die Entscheidungen ausfallen, desto effizienter und sinnvoller wird mit öffentlichen Geldern umgegangen. Doch die andern Parteien wollen den bewährten Föderalismus immer mehr einschränken. Sie wollen immer mehr Macht an die EU-Zentrale in Brüssel und an die Bundeszentrale in Bern übertragen. Sie wollen den Wettbewerb von Kantonen und Gemeinden möglichst ausschalten. Sie wollen die Schule, die Erziehung, das Wohnen, die Steuern möglichst zentralisieren und von oben steuern. Die SVP verteidigt den Föderalismus gegen zentralistische Übergriffe, welche die Freiheit der Bürger immer mehr einschränken.

Wem unsere Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus am Herzen liegen, wählt die Schweizerische Volkspartei. Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter der SVP auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten sich, diese Erfolgssäulen mit aller Kraft zu verteidigen und auch für die Zukunft zu bewahren.

Aussenpolitik

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, beispielsweise die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe.

Verfassung missachtet

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.“ Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

Neutralität wird ausgehöhlt

So schert sich beispielsweise heute das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kaum mehr um eine neutrale und unparteiische Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und schlagen sich dabei offen auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen, in denen sie für eine glaubwürdige Vermittlung und für die humanitäre Hilfe besser eine umfassend neutrale Haltung eingenommen hätten. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber der Plan der Classe politique in Bern. Der UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo über den sogenannten Weltfrieden und somit auch über Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen hat die Schweiz nicht nötig und ist gefährlich.

Internationales Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht in aller Offenheit höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch allgemein als Völkerrecht betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der verfälschende Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der anfänglichen Bedeutung zu tun, sondern ist eine ideologisch meist zu Gunsten einer zentralistischen, staatsgläubigen und sozialistischen Lösung hinführende

Weiterentwicklung und Weiterinterpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt.

Der schleichende EU-Beitritt

Der grösste Verstoß gegen jegliche aussenpolitischen Werte der Schweiz stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU wollen, dass die Schweiz sich der dynamischen EU-Rechtsentwicklung und Rechtsprechung unterwerfen muss. Neben der Übernahme von fremden Gesetzen und der Verurteilung durch fremde Richter sollen auch fremde EU-Beamte die Schweiz einseitig überwachen und kontrollieren dürfen. Ein Rahmenvertrag über alle anderen bilateralen Verträge soll diese institutionelle Einbindung vollstrecken. Die Schweiz müsste die masslos fortschreitende Rechtsentwicklung der EU zwingend übernehmen. Die Regulierungsflut würde von der EU auf die Schweiz überschwappen. Zudem soll der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten die Schweiz verbindlich verurteilen dürfen. Dieses unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Projekt muss daher verhindert werden. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

Auslandhilfe beschränken

Die Geschichte der Entwicklungshilfe ist eine einzige Abfolge von Enttäuschungen und Fehlschlägen. Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen durch den Westen geht es etwa dem afrikanischen Kontinent schlechter als früher. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an und lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt am Leben erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die Mittel dürfen nicht erhöht werden. Vielmehr ist das Engagement auf das Wesentliche und Wirksame zu beschränken und das Gewicht auf die humanitäre Hilfe im Sinne der schweizerischen Tradition zu legen.

Gute Dienste

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und beispielsweise der Standort des internationalen Genf gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Diese erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch, unauffällig und unparteiisch Erste Hilfe leistet. Die diskreten diplomatischen Bemühungen um Frieden und Versöhnung sind den lauten Deklarationen im Rahmen des Konferenztourismus vorzuziehen. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. So sollte beispielsweise das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber gekoppelt werden. Oder statt die Ausgaben für Entwicklungshilfe immer weiter zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern.

Unparteilichkeit zahlt sich aus

Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren. Umfassende Neutralität meint dabei eben nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik), die das gesamte Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung verpflichtet. Die Schweiz benötigt dafür aber auch die Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material, welche die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erst glaubwürdig macht. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht solche der UNO, der EU oder der OSZE.

Beziehungen zur ganzen Welt

Die Schweiz hat zudem ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Kulturen Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten, denn Handel ist auch die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen und dauerhaften Frieden. So sind wirtschaftliche Verknüpfungen auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen und Anbindungsversuchen. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Freiheit, Innovation und Erfolg leben von Konkurrenz und Wettbewerb.

Erfolgreiche Schweiz dank EWR-Nein

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz ging es seit den 1990er-Jahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posaunen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Offensichtlich ist aber diesen Angstmachern nicht zu glauben.

Keine Einbindung in die EU

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale

Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns so abhängig und angepasst macht, bis wir schleichend doch drin sind. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. Weitere Anpassungen und Angleichungen an die EU dürfen nicht hingenommen werden. Wieso sollen wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft müssen unablässig verteidigt werden.

Die SVP

- bekämpft den schleichenden EU-Beitritt. Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine dynamische Rechtsübernahme und keine fremden Richter;
- setzt sich dafür ein, dass Schweizer Recht vor internationalem, fremdem Recht gilt;
- lanciert die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“, welche die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicherstellt und dafür sorgt, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden;
- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Stärkung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
- bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, dauernd bewaffneten Neutralität – vielmehr ist diese glaubwürdig zu stärken;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe lebt statt Grossmachtallüren zeigt und einseitige Verurteilungen vornimmt;
- widersetzt sich der Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat;
- verlangt, dass die staatliche Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gekoppelt wird;
- strebt Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von klassischen Freihandelsabkommen an statt sich auf die EU zu fixieren.

Das bringt mir:

- als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selber bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;

- als Unternehmer gute Beziehungen zur ganzen Welt;
- als Steuerzahler die Gewissheit, nicht für die Misswirtschaft anderer Länder mitbezahlen zu müssen;
- als Bürger eine Regierung, die sich für die Interessen der Schweiz und ihrer Bürger einsetzt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen.

Finanzen, Steuern und Abgaben

Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

Der Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 verdoppelt. Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr Aufgaben. Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen, denn von einem gesunden Mittelstand hängt der Wohlstand des ganzen Landes ab. Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst erarbeitet werden.

Eine Politik der ungebremsten Ausgaben

Trotz positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen, befeuert durch eine expansive Ausgabenpolitik, in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, waren es 2013 64 Milliarden Franken, was einer Verdoppelung entspricht. 2018 möchte der Bundesrat gemäss Finanzplan 73 Milliarden Franken ausgeben. In den letzten Jahren hat der Bund seine Ausgaben Jahr für Jahr um etwas mehr als drei Prozent erhöht und dies bei einem durchschnittlichem Wirtschaftswachstum von rund 2%.

Der Weg des geringsten Widerstandes

Während bei Landwirtschaft und Armee seit Jahren gespart wird, wachsen andere Bereiche ungebrochen weiter. Mit Abstand der grösste Ausgabenposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht heute einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde „Sozialabbau“ betrieben und der Staat „kaputtgespart“, floriert die Sozialbranche geradezu. Die Ausgaben stiegen allein seit Beginn dieses Jahrtausends von 14 Milliarden Franken (2000) auf 21 Milliarden Franken (2013), wurden also um die Hälfte erhöht. Für die soziale Wohlfahrt allein wird mehr Geld ausgegeben als für Bildung, Verkehr und Landesverteidigung zusammen.

Die Verwaltung wächst auf Kosten von uns allen

Auch die Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,5 Milliarden Franken lag, betrug er im 2014 bereits 5,5 Milliarden Franken, stieg also in nur sieben Jahren um über einen Fünftel. Rund die Hälfte dieses Wachstums (520 Millionen) geht auf 1200 neue Stellen und auf Funktionswechsel zurück. Insgesamt arbeiten bei Bund heute über 33'000 Personen.

Stopp dem Bussenterror

Neben Steuern, Abgaben und Gebühren, welche in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen erhöht wurden (z.B. Mehrwertsteuer, CO₂-Abgaben, Solidaritätsprozent ALV, Abfall- und Abwassergebühren usw.) schantzt sich die öffentliche Hand immer mehr Mittel über Bussen zu. Viele Kantone haben ihre Einnahmen daraus in den vergangenen Jahren unauffällig, aber stetig erhöht. Bussen und Gebühren erhalten immer mehr fiskalischen Charakter. Die Wirkung als Strafe oder zur Erhöhung der Sicherheit tritt in den Hintergrund. Der Mechanismus bei den Bussen ist klar: Dank mehr Busseneinnahmen können die Behörden verhältnismässig einfach auf das Geld der Bürger zugreifen, wohingegen die Steuern nur mit Zustimmung des Volks erhöht werden können.

Damit mehr zum Leben bleibt

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert im Gegenteil steuerliche Entlastungen. Auslegungsfragen sind zugunsten der steuer- und abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen zu regeln.

Schlanker Staat

Die SVP macht sich stark für einen kostengünstigen, schlank ausgestalteten Staat. Aus Sicht der SVP ist dabei zentral, dass der Hebel auf der Ausgabenseite und bei den Strukturen angesetzt wird. Es darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um ständig gesteigerte Staatsaufgaben zu finanzieren. Akuten Handlungsbedarf sieht die SVP insbesondere bei den explodierenden Ausgaben für die soziale Wohlfahrt, für die inzwischen jeder dritte Bundesfranken aufgewendet wird. Hier sind strukturelle Massnahmen zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften zwingend. Einen weiteren Ausbau darf es nicht geben. Ebenso sind die massiv steigenden Ausgaben für die Ausland- und Entwicklungshilfe zu beschränken.

Steuerwettbewerb erhalten

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Regierungen gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürger statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem Druck aus dem Ausland auf das schweizerische Steuersystem ist zu widerstehen. International vorteilhafte steuerliche Sonderregelungen sind nur anzupassen, wenn sie durch steuerliche Erleichterungen in anderen Bereichen kompensiert werden. Die SVP setzt sich für einen konkurrenzfähigen Steuerstandort Schweiz für alle Unternehmen ein.

Die SVP

- setzt sich ein für tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren für alle;
- kämpft auf allen Stufen des Gemeinwesens dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt;
- verlangt, dass der Staat nicht schneller wächst als die Wirtschaft;
- fordert die Reduktion des Bundespersonalbestands auf den Stand von 2007 (2007: 32'105; 2014: 33'678) und eine massive Senkung des finanziellen Personalaufwands;
- verlangt eine international konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung;
- lehnt eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, ebenso die Einführung eines Einheitssatzes, der Luxusgüter verbilligt und Grundnahrungsmittel verteuert;
- fordert die Reduktion der Besteuerung des Geschäftsvermögens bei Einzel- und Personengesellschaften;
- bekämpft jede Art von Erbschaftssteuer;
- fordert die Abschaffung der Heiratsstrafe, welche verheiratete Paare steuerlich benachteiligt;
- fordert, dass Bussen nicht als bequeme Einnahmequelle für die Staatskasse missbraucht werden.

Das bringt mir:

- als Angestelltem am Ende des Monats mehr im Portemonnaie und die Sicherung meines Arbeitsplatzes;
- als Konsument tiefere Preise;
- als Auto- und Motorradfahrer weniger Bussenterror und moderate Benzinspreise;
- als Unternehmer mehr Geld für Investitionen in die Zukunft.

Werkplatz Schweiz

Mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie

Die SVP kämpft für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz ist Sorge zu tragen. Die SVP steht zur Schweizer Qualität und kämpft für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Schwierige Zeiten für eine liberale Wirtschaftspolitik

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft. Denn Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Darin liegt es begründet, weshalb liberale Marktwirtschaften historisch und weltweit am erfolgreichsten sind und am wenigsten Armut aufweisen. Unser Land ist wirtschaftlich zwar noch immer recht gut positioniert, wenn man es etwa mit verschiedenen EU-Ländern vergleicht. Doch die Produktivität stagniert und bezüglich Pro-Kopf-Einkommen ist die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern seit 1980 stetig zurückgefallen. Nur wenn die Unternehmen vorteilhafte Bedingungen vorfinden, in denen sich Investitionen lohnen, werden auch Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen.

Die öffentliche Hand wächst

In den vergangenen Jahren ist die Beschäftigung fast nur noch im öffentlichen Sektor, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Sozialbereich gewachsen. Zwischen 2008 und 2014 sind zwei von drei neuen Arbeitsstellen bei der öffentlichen Hand entstanden. Die in grosser Zahl neu geschaffenen Staatsstellen belasten nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Wirtschaft. Mehr Beamte führen automatisch zu noch mehr staatlicher Bürokratie und Aktionismus. Denn all die Beamten wollen auch etwas zu tun haben. Anstelle von Markt und Wettbewerb treten sodann staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei, welche die Unternehmer aus dem Markt drängen. Unnötige Monopole wie die Post, die Suva oder die SRG verteuern zudem die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz.

Finanzplatz unter Dauerbeschuss

Hinzu kommt, dass die Pflicht eines jeden Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, inzwischen moralisch in Frage gestellt wird. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren Sozialarbeiter in unserem Land. Besonders unter Druck stand in jüngerer Zeit der Finanzplatz. Der Banken-, Versicherungs- und Finanzsektor erbringt volle 22 Prozent der gesamtschweizerischen Wirtschaftsleis-

tung. Neid und bankrotte ausländische Staatskassen machen diese Branche zu einem Ziel für feindliche Angriffe aus dem Ausland, die im Inland bis in den Bundesrat hinein willfährige Gehilfen finden. So werden das Bankkundengeheimnis und die finanzielle Privatsphäre gegenüber dem Ausland immer mehr aufgeweicht und die Standortvorteile mit Verweis auf irgendwelche internationale Standards oder den Konsumentenschutz preisgegeben.

Tourismus unter Druck

Auch der Tourismus mit seinen zahlreichen Arbeitsplätzen ist für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Der einzigartigen landschaftlichen Schönheit unseres Landes stehen jedoch auch belastende Faktoren wie ein starker Franken, hohe Kosten oder veraltete Strukturen gegenüber. Viele, aber nicht alle Probleme können die Tourismus-Unternehmen alleine bewältigen; sie sind jedoch auf gewisse Grundvoraussetzungen angewiesen, damit sich ihre Investitionen tatsächlich auszahlen. Die SVP unterstützt deshalb die Beibehaltung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie und Gastronomie.

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Zwei Drittel der schweizerischen Angestellten (2013: 67,9 Prozent) sind in kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitenden beschäftigt. Die KMU stellen damit das eigentliche Rückgrat unserer Volkswirtschaft dar. Die SVP ist sich deren Stellenwert bewusst und setzt sich besonders für ihr Wohlergehen ein. Die Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP haben bei den KMU-relevanten Geschäften Gewerbeanliegen am stärksten unterstützt, wie eine Untersuchung des Schweizerischen Gewerbeverbandes belegt. Eine Auswertung von 215 Abstimmungen zu 169 KMU-relevanten Themen zwischen 2011 und 2014 im Nationalrat zeigt: Unter den ersten 50 Nationalräten finden sich 41 Mitglieder der SVP. Im Ständerat belegen SVP-Vertreter die ersten vier Ränge. Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent wie die SVP. Unnötige Regulierungen, neue Gesetze, Vorschriften und Verbote, die Gift für die Unternehmen und Gewerbebetriebe sind, lehnt die SVP ab.

Zurück zu liberalen Werten

Der Staat darf die Wirtschaft weder konkurrenzieren noch behindern, sondern soll die Grundvoraussetzungen für möglichst freies Wirtschaften bereitstellen. Denn wo die Bürokratie wuchert, wird zwangsläufig das unternehmerische Handeln eingeschränkt, und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Staatlich verordneter bürokratischer Leerlauf schadet den Unternehmen und damit der Schweiz. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass anstelle des zunehmenden staatlichen Aktionismus wieder vermehrt auf Eigenverantwortung gesetzt wird.

Der flexible Arbeitsmarkt, solide verankert in der Sozialpartnerschaft, ist einer der grössten Trümpfe des Werkplatzes Schweiz. Je freiheitlicher die Arbeitsbedingungen ausgestaltet werden können, desto eher ist Vollbeschäftigung erreichbar. Ebenso ist unserem einzigartigen dualen Berufsbildungssystem Sorge zu tragen, das den weltweit besten Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit darstellt.

Bankkundengeheimnis erhalten

Die SVP widersetzt sich allen Bestrebungen, unser traditionelles Bankkundengeheimnis und die finanzielle Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger aufzuweichen. Dieses ist im Interesse der Bankkunden, nicht der Banken geschaffen worden. Die Stempelsteuern, die viele attraktive Geschäfte von der Schweiz fernhalten, müssen abgeschafft werden. Im Bereich der europäischen und globalen Rechtsetzung kämpft die SVP dafür, dass die Schweiz nur jene „internationalen Standards“ übernimmt, die zwingend sind, um den globalen Marktzugang zu sichern.

Handel mit der ganzen Welt

Im Bereich der Aussenwirtschaft setzt sich die SVP für gute Handelsbeziehung mit der ganzen Welt ein. Dabei soll sich die Schweiz nicht nur auf die EU konzentrieren, sondern auch neue Märkte erschliessen, die heute die höchsten Wachstumsraten aufweisen. Freihandelsverträge, welche von gegenseitigem Interesse sind, ermöglichen die Entfaltung der offenen Schweizer Volkswirtschaft.

Die SVP

- steht ein für die kleinen, mittleren und grossen Unternehmen als Rückgrat unseres Wohlstandes;
- fordert mehr Freiheit und keine neuen Vorschriften und Verbote, ohne mindestens gleich viele abzuschaffen;
- stellt sich gegen Quotenregelungen, Lohnpolizei, Solidarhaftung und weitere schädlichen Schikanen des Staates gegenüber den Unternehmen;
- verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;
- will den Schweizer Franken als eigenständige und unabhängige Währung erhalten;
- steht zum Schweizer Finanzplatz und zum schweizerischen Bankkundengeheimnis;
- setzt sich ein für den Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Hotellerie und Gastronomie;
- fordert eine Befreiung vom Statistikaufwand für Betriebe mit weniger als 50 Vollzeitstellen und die Reduktion auf ein Minimum für alle anderen;
- verlangt die Erhöhung des Schwellenwerts für die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen.

Das bringt mir:

- als Arbeitnehmer einen sicheren Arbeitsplatz;

- als Unternehmer mehr Geld für Innovationen;
- als Gewerbler und produzierendem Bauer weniger Bürokratie und Papierkram;
- als Hotelier und Gastronom mehr Kunden.

Eigentum

Gegen Enteignung, für den Schutz der Privatsphäre

Die Garantie des privaten Eigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger über ihre erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Dazu gehört, dass der Staat seinen Bürgern möglichst viel Geld im Portemonnaie zu deren freien Verfügung belässt. Immer wichtiger wird in unserer Zeit aber auch die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.

Gegen linke Umverteilung

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der Anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die politische Linke, die jedes Problem mit dem Geld der anderen lösen will. Egal ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub, sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Linke eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen darf und das umverteilt werden muss.

Der Staat wächst und wächst

Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht; davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt). Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Herr und Frau Schweizer mussten 2012 im Schnitt 41,7 Prozent ihres Einkommens allein für Steuern und Abgaben aufwenden. Das heisst, fünf Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

Mehr Freiheit für Wohneigentum

Das Eigentum der Schweizer wird nicht nur über die zunehmende Steuer- und Abgabenlast bedroht. Auch der Erwerb von Wohneigentum wird durch steigende staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Dies schadet auch den Mietern, denn nur so lange sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes wird im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung jedoch bereits stark eingeschränkt.

Immer weniger Privates

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein mit dem Ziel, die Bürger zu erziehen und ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin.

Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr zu achten und zu schützen. Deshalb unterstützt die SVP Bestrebungen, den Schutz der Privatsphäre in der Bundesverfassung festzuschreiben. Ebenso vehement kämpft die SVP für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz und gegen immer mehr Möglichkeiten der Behörden, in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen und diese zu überwachen und zu verletzen.

Eigentum stärken

Die SVP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Bürger über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Insbesondere setzt sich die SVP gegen das Verbot des Vorbezugs des persönlich ersparten Alterskapitals in der zweiten Säule zur Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum oder zur Gründung einer eigenen kleinen Unternehmens ein. Das kommt einer Enteignung der Bürgerinnen und Bürger gleich.

Weniger staatliche Umverteilung

Ebenso kämpft die SVP gegen noch mehr Umverteilung. Im Sinne eines liberal ausgeprägten, auf Eigenverantwortung des Bürgers setzenden Staates soll jeder Bürger sein Eigentum und sein Geld möglichst frei einsetzen können, wie er selber es für richtig hält. Die SVP will keinen Staat, der den Bürgern ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche zieht und es umverteilt – auch dann nicht, wenn die Idee dahinter noch so gut gemeint sein mag. Jeder Bürger weiss selber am besten, wo und wie er sein Geld eigenverantwortlich verwenden will. Wird dieses Prinzip weiter unterhöhlt, führt dies in den Sozialismus, in dem der Staat den Bürgern das Eigentum für die von ihm gesetzten Zwecke wegnimmt.

Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Im Immobilienbereich verlangt die SVP eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört deshalb abgeschafft. Den staatlichen sozia-

len Wohnungsbau lehnt die SVP ab. Sozialer Wohnungsbau führt immer zu wettbewerbsverzerrenden Effekten, die sich negativ auf private Investitionen auswirken.

Die SVP

- hält den Schutz des privaten Eigentums hoch und bekämpft Tendenzen zur Einschränkung der Verwendung von Bargeld und den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben und Pensionskassengelder;
- setzt sich gegen eigentumsfeindliche Regelungen im Mietrecht und Immobilienbereich ein;
- befürwortet die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Abzüge von Unterhaltsaufwand und Schuldzinsen;
- will keine unvernünftigen Progressionssätze bei der Besteuerung;
- verteidigt das geistige Eigentum als wichtige Grundlage des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz;
- setzt sich für den Schutz der Privatsphäre und gegen eine ausufernde staatliche Überwachung ein.

Das bringt mir:

- als Bürger Selbstbestimmungsrecht;
- als Familie mehr zum Leben;
- als Erwerbstätiger oder Rentner weniger Belastung durch Steuern und Abgaben;
- als Hauseigentümer die Sicherung meines Eigentums;
- als Bankkunde den Schutz meiner Privatsphäre;
- als Unternehmer den verdienten Lohn aus meinen Entwicklungen und Innovationen.

Ausländerpolitik

Zuwanderung begrenzen

Die Schweiz hat schon immer grosszügig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche Perspektive geboten. Das Schweizer Stimmvolk hat in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass es eine kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln, die für alle gelten, möchte. Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die hiesige Rechtsordnung zu halten, sich zu integrieren und selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Nur wer dies erfüllt, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich nach einer gewissen Zeit einzubürgern.

Attraktive Schweiz

Die Einwanderung in unser Land ist für Ausländer aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen attraktiv. Unser politisches System, unsere Stabilität, unsere Sicherheit, die liberale Wirtschaftsordnung und nicht zuletzt die schöne Landschaft haben dazu geführt, dass kaum ein Land bei internationalen Vergleichen bezüglich Lebensqualität besser abschliesst als die Schweiz. Kurz: Es lohnt sich für Ausländer, in die Schweiz einzuwandern. Aber es rächt sich für die Schweizer, wenn sie diese Einwanderung nicht kontrollieren und begrenzen.

Massive Bevölkerungszunahme wegen der Zuwanderung

Seit dem Jahr 2007 sind jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. 2013 waren es netto über 85'000 Einwanderer (gut 155'000 Einwanderungen bei rund 70'000 Auswanderungen). Dies entspricht Jahr für Jahr einer Zunahme der Bevölkerung in der Grössenordnung von mehr als der Stadt Luzern, in zwei Jahren gar der Einwohnerzahl der Stadt Genf oder Basel. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4'560 Fussballfeldern. Ende 2014 lebten rund 8,2 Millionen Menschen in der Schweiz – davon 2 Millionen Ausländer. In rund 20 Jahren wird ohne Steuerung der Einwanderung die 10-Millionen-Grenze erreicht sein.

Masslose Zuwanderung hat Folgen für alle

Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich und für alle spür- und erlebbar: steigende Arbeitslosigkeit (unter den Ausländern war die Erwerbslosenquote Anfang 2014 von 9,2 Prozent), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand.

Stetig steigender Ausländeranteil

Mit der massiven Zuwanderung der letzten Jahre hat auch der Ausländeranteil in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr zugenommen. Waren 1950 noch 6 Prozent der Bevölkerung Ausländer und 1980 14,4 Prozent, waren es Ende 2013 bereits 23,8 Prozent. Und dies, obwohl seit 1960 über eine Million Ausländer eingebürgert wurde.

Auch im internationalen Vergleich nimmt der Ausländeranteil in der Schweiz einen Spitzenrang ein. Kein europäischer Staat mit mehr als 1 Million Einwohnern hat einen höheren Ausländeranteil als die Schweiz.

Seit Jahren hohe Einbürgerungszahlen

Die hohen Ausländeranteile versuchen die Linken damit zu erklären, dass die Schweiz sehr restriktiv einbürgere. Dies widerspricht jedoch den Einbürgerungsstatistiken. Seit 2002 hat die Schweiz jedes Jahr zwischen 35'000 und 45'000 Ausländer eingebürgert. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Auf 1000 Einwohner wurden 2011 4,6 Ausländer eingebürgert. Europaweit lag damit nur das kleine Luxemburg höher, das in den letzten Jahren aufgrund von 2008 geänderten Einbürgerungskriterien übermässig viele Staatsbürgerschaften erteilt hat.

Probleme „eingebürgert“

Die Masseneinbürgerungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass viele Personen den Schweizer Pass erhalten haben, die gar nicht integriert sind. Nicht wenige Neuschweizer verstehen keine Landessprache, anerkennen die hiesigen Sitten nicht oder werden bereits kurz nach der Einbürgerung straffällig. Statistisch werden diese Personen dann aber als Schweizer erfasst. Damit hat man viele Ausländerprobleme einfach „eingebürgert“. Die Einbürgerung sollte der letzte Schritt der Integration sein und darf nur bei korrektem Verhalten, eigener Existenzgrundlage und guter Kenntnis mindestens einer Landessprache erteilt werden.

Staatliche Integrationsförderung als neues Wundermittel

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich auch dort integrieren wollen. Heute verfolgt die Schweiz Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Schweizer sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Massnahmen und Angeboten – finanziert mit Steuergeldern –, soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wir haben die absurde Situation einer immer lauter dröhnenden Integrationsindustrie. Ohne sich zu überlegen, dass Integration nur gelingen kann, wenn sie vom Zuwanderer selber ausgeht und von ihm gewollt wird, haben sich Sozialarbeiter, Therapeuten und Leiter von sinnlosen Gratis-Kursen der Integrationsförderung angenommen und leben gut davon.

Das Volk hat genug

Die Missstände im Zusammenhang mit der Zuwanderung bewegen auch die Stimmbürger. Dies hat dazu geführt, dass das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ an-

genommen hat. Deren konsequente Umsetzung wird die Hauptforderung der SVP in der Zuwanderungspolitik der nächsten Jahre sein.

Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll die Zuwanderung wieder eigenständig mittels Kontingenten und Inländervorrang von der Schweiz kontrolliert werden. Die Initiative erlaubt eine massvolle Steuerung, die verkraftbar für die Wirtschaft und im Einklang mit der Souveränität der Kantone ist. Bundesrat und Parlament müssen diese innenpolitischen Massnahmen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung nun unverzüglich angehen.

Sozialleistungen und Familiennachzug beschränken

Klare Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen sollen dafür sorgen, dass schon von Anfang an weniger Ausländer in die Schweiz einwandern, die nicht für sich selber aufkommen und nur vom Staat leben wollen. Dazu soll zum Beispiel der Grundsatz gelten, dass nur Arbeitslosenentschädigung erhält, wer mindestens zwei Jahre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Auch für den Erhalt von Fürsorgeleistungen sollen solche Fristen schweizweit vorgegeben werden. Beim Familiennachzug muss dafür gesorgt werden, dass nur jene Personen ihre Familien nachziehen dürfen, die auch für diese aufkommen können und über eine entsprechend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen. Mit einer solchen Senkung der Ansprüche an den Staat kann die Zuwanderung stark eingeschränkt werden, ohne dass der Wirtschaft wichtige Fachkräfte entzogen werden.

Personenfreizügigkeit ist beendet

Sobald der innenpolitische Umsetzungsprozess abgeschlossen ist, hat der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zu verhandeln. Sollte die EU nicht auf eine neue Regelung bei der Personenfreizügigkeit für das Nicht-EU-Land Schweiz eingehen, so ist das Freizügigkeitsabkommen zu kündigen. Die SVP hat für diesen Fall eine entsprechende Volksinitiative vorbereitet. Diese wird sie lancieren, wenn sich der Bundesrat und das Parlament weigern sollten, die neue Verfassungsbestimmung wirksam umzusetzen.

Konsequente Politik auch bei illegal Anwesenden

Auch bei der illegalen Einwanderung und dem illegalen Aufenthalt muss die Schweiz endlich durchgreifen. Personen, die keine Aufenthaltsberechtigung haben und somit illegal anwesend sind – so genannte „Sans Papiers“ – haben die Schweiz unverzüglich zu verlassen. Hierzu müssen die Ausländergesetze, die dies eigentlich klar regeln würden, strikt und konsequent angewendet werden. Neu eingeführte Regelungen, wonach illegal Anwesende Schulen besuchen und Lehren absolvieren dürfen, widersprechen jedem Gesetzesverständnis und benachteiligen jene Ausländer, die sich um einen regulären Aufenthalt in der Schweiz bemühen. Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen werden, müssen ausgewiesen werden. Um die illegale Einreise zu verunmöglichen, sind die Grenzkontrollen wieder einzuführen.

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer

Die Integration ist von den Zuwanderern einzufordern. Wer sich nicht integrieren will, tut dies auch nicht, wenn er einen Gratis-Kurs besuchen kann. Integration kann nur funktionieren, wenn der Zuwanderer sie will. Dies kann von jedem erwartet werden, der in ein fremdes Land auswandert. Auch Schweizer, die ins Ausland auswandern, müssen sich dort von sich aus integrieren, die Sprache und Gepflogenheiten lernen, sich an die Gesetze halten und für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen. In diesem Sinne ist klar: Integration ist hauptsächlich die Aufgabe jedes Zuwanderers und muss von diesen gefordert werden. Wer sich weigert, eine Schweizer Landessprache zu lernen, wer die Schweizer Gesetze missachtet oder nicht selber für seinen Lebensunterhalt aufkommt, hat die Schweiz zu verlassen.

Einbürgerung als letzter Schritt der Integration

Nur wer sich erfolgreich integriert hat, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich einzubürgern. Daher widersetzt sich die SVP jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung. Personen mit krimineller Vergangenheit oder Abhängigkeit vom Staat sollen nicht eingebürgert werden können. Damit Eingebürgerte nicht kurz nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kriminell werden, ist eine Einbürgerung auf Probe einzuführen. Erst wer über mehrere Jahre bewiesen hat, dass er sich an unsere Rechtsordnung hält, soll den Schweizer Pass endgültig erhalten.

Die SVP

- verlangt die sofortige und konsequente Umsetzung der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ über Kontingente und Inländervorrang mit dem Ziel einer markanten Senkung der Zuwanderung;
- fordert die Beschränkung des Familiennachzuges und der Sozialleistungen für Zuwanderer;
- lanciert eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU für den Fall, dass die Umsetzung der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ von Bundesrat und Parlament hintertrieben wird;
- fordert, dass sich alle an die hiesigen Sitten und Gepflogenheiten halten müssen;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrationsmassnahmen;
- widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung;
- bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- widersetzt sich jeglicher Form von Stimm- und Wahlrecht für Ausländer;

- verlangt eine strikte und konsequente Anwendung der Ausländergesetze gegenüber illegalen Aufenthaltern und «Sans Papiers»;
- fordert die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die Einreise von illegalen Einwanderern zu verhindern.

Das bringt mir:

- als Bürger eine lebenswerte und intakte Schweiz;
- als Angestelltem weniger Lohndruck und weniger Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt;
- als Arbeitslosem mehr Chancen gegenüber ausländischen Billigarbeitskräften;
- als Pendler weniger verstopfte Strassen und Züge;
- als Mieter mehr bezahlbare Wohnungen;
- als Bürger mehr Sicherheit und die Gewissheit, dass Missbräuche nicht geduldet werden.

Asylpolitik

Asylchaos endlich beenden

Das Chaos im Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge haben dazu geführt, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Gesuchen pro Einwohner. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und Unterbringungsproblemen führt, den Kampf an.

Human, nicht naiv

Die Schweiz hat seit je Menschen aufgenommen, die in ihrer Heimat verfolgt und an Leib und Leben bedroht waren. Unsere humanitäre Tradition ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch eine humanitäre Tradition zu haben und diese auch weiterführen zu wollen heisst nicht, sich an der Nase herumführen zu lassen. Immer mehr Menschen kommen ohne Visum oder Aufenthaltbewilligung in die Schweiz und versuchen, über den Asylweg hierbleiben zu können und von A bis Z vom Staat und somit vom Schweizer Steuerzahler zu leben.

Steigende Gesuchszahlen auf weltweit höchstem Niveau

Dies schlägt sich in der Zahl der Asylgesuche nieder. Während diese in der Amtszeit von SVP-Bundesrat Christoph Blocher auf gut 10'000 Gesuche pro Jahr gesenkt werden konnte, hat sie sich bis heute wieder mehr als verdoppelt. Eine Senkung scheint in weite Ferne gerückt zu sein – da dies auch politisch von der zuständigen Bundesrätin nicht angestrebt wird.

Betrachtet man einerseits die absoluten Gesuchszahlen sowie andererseits den Bezug zur Einwohnerzahl und zur Fläche des Landes, so gab es 2013 weltweit kein Land, das in allen drei Punkten mehr Asylgesuche zu verzeichnen hatte als die Schweiz. Dies, obwohl wir von sicheren Staaten umgeben sind, die gemäss Dublin-Abkommen Asylsuchende, die über ihr Land einreisen, registrieren und die entsprechenden Verfahren durchführen sollten.

Zu hohe Attraktivität des Schweizer Asylwesens

Wenn jemand illegal in die Schweiz einreist und hier ein Asylgesuch stellt, erhält er vom ersten Tag an staatliche Unterstützung. Er kann sich kostenlos medizinisch untersuchen und versorgen lassen, er kann sich völlig frei bewegen und wird von Asyljuristen und Hilfswerklern freudig aufgenommen, beraten und betreut. Da diese „Asylindustrie“ vom Chaos und verschleppten Gesuchen im Asylwesen lebt, hat sie selbstverständlich kein Interesse daran, von sinnlosen Rekursen abzuraten oder ihre Schützlinge zur Heimkehr zu animieren. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Verfahren oft ins Unermessliche hinziehen und dazu führen, dass selbst Personen, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie nicht verfolgt werden, für Jahre, teilweise ihr ganzes Leben, in der Schweiz bleiben dürfen.

Schengen/Dublin ist kollabiert

Die steigenden Asylzahlen haben auch mit den Schengen/Dublin-Abkommen zu tun, wonach die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren darf, da die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abgewehrt werden sollte. Doch heute geschieht im Mittelmeerraum genau das Gegenteil: Das angewandte Konzept hält kaum jemanden von einer Überfahrt ab und erleichtert und fördert vielmehr die illegale Einwanderung. Skrupellose Schlepper und Menschenhändler sind die Profiteure. In Europa angekommen, wird nur ein Teil der Zuwanderer registriert, womit Italien, aber auch Spanien und andere Mittelmeerländer klar gegen das Dublin-Abkommen verstossen. Die Migranten können so ungehindert und unregistriert nach Nordeuropa und in die Schweiz reisen, wo sie ihr erstes Asylgesuch stellen. Dadurch kosten die Assoziierungsabkommen von Schengen/Dublin nicht nur ein Vielfaches von dem, was dem Stimmbürger vor der Abstimmung versprochen wurde, auch die Wirkung ist verkehrt: Statt mehr Sicherheit und weniger Asylbewerber bringen die Abkommen der Schweiz weniger Sicherheit, mehr illegale Einwanderung und Kriminalität.

Die Kosten für den Asylbereich nehmen markant zu

Die stetige Zunahme der Asylgesuche hat auch Auswirkungen auf die Kosten des Asylwesens. So wurde für diesen Bereich für das Jahr 2015 auf Bundesebene ein Betrag von über einer Milliarde Franken budgetiert. Nicht eingerechnet in diesen Kosten sind alle Ausgaben, die von den Kantonen und Gemeinden getragen werden müssen. Auch wenn dazu keine offiziellen Zahlen erfasst werden, so dürften sie sich mindestens in einem ähnlichen Rahmen bewegen wie die Kosten des Bundes.

Übermässig hohe Kriminalitätsrate bei Asylbewerbern

Hohe Kosten insbesondere in den Kantonen verursachen auch die Kriminalitätsbekämpfung und der Strafvollzug. Denn Asylbewerber verstossen um ein Vielfaches häufiger gegen die Schweizer Rechtsordnung, als dies Schweizer oder andere ansässige Ausländer tun. Während Personen im Asylbereich rund 0,6 Prozent der Bevölkerung ausmachen, werden fast 10 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt. Wer dermassen gegen die Rechtsordnung eines Gaststaates verstösst, kann nicht wirklich an Leib und Leben bedroht sein, sonst würde er die sichere Zuflucht nicht mit kriminellern Verhalten aufs Spiel setzen. Renitente und straffällige Asylbewerber sind in geschlossene Zentren einzuweisen und dann des Landes zu verweisen.

Vollzugsprobleme verschlimmern die Situation

Die Probleme im heutigen Asylchaos werden durch einen mangelhaften Vollzug noch verschlimmert. Denn heute schickt man immer weniger abgewiesene Asylbewerber wirklich zurück – sei es, weil sie keine Reisepapiere besorgen wollen, weil sie untertauchen oder weil die Schweiz bei den Herkunftsstaaten oder den betroffenen Dublin-Staaten zu wenig auf die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen pocht. Ohne effektiven Vollzug kann es aber keine glaubwürdige Asylpolitik geben.

Politische Führung entscheidend

Die Tatsache, dass die Asylgesuche und die Kosten für den Asylbereich unter Bundesrat Christoph Blocher markant gesenkt werden konnten, zeigt, dass mit einer konsequenten Asylpolitik und einer effizienten Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung viel erreicht werden kann. Hier liegt die Verantwortung klar beim zuständigen Bundesratsmitglied und dessen politischem Willen. Dieser ist bei der gegenwärtigen Departementsführung nicht gegeben. Anstatt die Probleme zu lösen, eilt man von Ankündigung zu Ankündigung und schiebt den Schwarzen Peter den Kantonen und Gemeinden zu. Diese müssen dann Unterbringungsfragen und Sicherheitsprobleme lösen, die es eigentlich gar nicht erst geben dürfte.

Es muss zwingend auf Bundesebene dafür gesorgt werden, dass die Schweiz für Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten unattraktiv wird. Dazu sind einerseits Massnahmen nötig, damit diese erst gar nicht in die Schweiz kommen. Andererseits müssen bei den Verfahren und beim Vollzug weitreichende Massnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden, damit den wirklich Verfolgten rasch geholfen werden kann und Asylmissbraucher schnell wieder zurückgeschickt werden können.

Massnahmen gegen die illegale Einreise

Der effektivste und grundsätzlich einfachste Weg, die Probleme im Asylwesen zu lösen, wäre es, dafür zu sorgen, dass Scheinflüchtlinge gar nicht erst in die Schweiz kommen. Da die Kontrolle an der Schengen-Aussengrenze erwiesenermassen nicht funktioniert und sich einzelne EU-Staaten nicht an das Dublin-Abkommen halten, muss die Schweiz ihre Grenzen wieder selber systematisch kontrollieren. Das Grenzwachtkorps ist dabei mit modernen technischen Überwachungsmitteln auszurüsten und durch die kantonalen Polizeikorps zu unterstützen.

Keine Einreise aus sicheren Staaten

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt, aber auch die Beihilfe dazu sind konsequent zu verfolgen. Wer aus einem Staat in die Schweiz einreist, in dem er nicht verfolgt wird, sollte grundsätzlich kein Anrecht auf Asyl haben, da wirklich Verfolgte ja bereits in diesem Staat Schutz hätten finden müssen. Dieses Prinzip, auf welchem auch das Dublin-Abkommen basiert, muss endlich durchgesetzt werden. Bei Kriegsflüchtlingen sollte zudem die Hilfe vor Ort und in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld im Vordergrund stehen. Die Schweiz beteiligt sich hier an verschiedenen internationalen Initiativen, z.B. im Rahmen des Flüchtlingskommissariats der UNO (UNHCR).

Verfahren verkürzen, Attraktivität senken

Doch es ist nicht nur bei der illegalen Einreise anzusetzen, es ist auch dafür zu sorgen, dass sich ein Asylgesuch in der Schweiz für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnt. Die Attraktivität des Schweizer Asylwesens muss daher markant gesenkt werden. Einerseits sind die Verfahren massiv zu verkürzen, indem die Rekursmöglichkeiten eingeschränkt werden, die heute dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Andererseits sind die Sozialleistungen

zu senken, damit der Anreiz zur Erwerbstätigkeit von anerkannten Flüchtlingen ansteigt.

Während des Verfahrens sollen die Asylbewerber in kontrollierten Zentren untergebracht werden und Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Wer ein laufendes Verfahren hat, muss auch für Befragungen zur Verfügung stehen. Dies kann mit einem kontrollierten Zentrum gewährleistet werden. Wer sich nicht an diese Regeln oder die Schweizer Rechtsordnung hält, soll für die Zeit des Verfahrens in einem geschlossenen Zentrum untergebracht werden.

Massnahmen zur Vereinfachung des Vollzugs

Die Lösung der Probleme im Asylwesen steht und fällt mit dem Vollzug, das heisst mit der Wegweisung abgewiesener Asylsuchender. Personen mit abgelehntem Asylgesuch müssen möglichst rasch in ihre Heimat zurückgeschickt werden. In der Zeit vor der Wegweisung sollen diese Personen nur noch Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Wer sich der Rückweisung widersetzt, ist mit Zwang auszuschaffen. Die bürokratischen und administrativen Vorgaben für die Ausweisung sind zu senken, und mit möglichst vielen Staaten sind Rückübernahmeabkommen zu schliessen und umzusetzen. Staaten, die ihre von der Schweiz ausgewiesenen Bürger nicht zurücknehmen, sollen keine Entwicklungshilfe mehr erhalten.

Die SVP

- setzt sich für ein Asylwesen ein, das Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten konsequent zurückschickt, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann;
- fordert, dass sich der Bundesrat für die Durchsetzung des Dublin-Abkommens einsetzt und folglich Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, kein Asylverfahren mehr erhalten;
- verlangt, dass abgewiesene Asylbewerber unverzüglich zurückgeschickt werden – wenn nötig mit Zwangsausschaffungen;
- fordert nur noch erstinstanzliche Entscheide mit einer Rekursmöglichkeit statt des heutigen Verfahrens mit zahlreichen Rekursmöglichkeiten, die dem Missbrauch Tür und Tor öffnen;
- akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange verlassen müssten;
- fordert die Senkung der Nothilfe für Personen mit abgelehntem Asylgesuch;
- will, dass die Kontrollen an den Grenzen – namentlich zu Italien – intensiviert werden, um die illegale Einwanderung in den Griff zu bekommen;

- fordert die Abschaffung des Status der vorläufigen Aufnahme und verlangt stattdessen die konsequente Überprüfung der Erfüllung der Flüchtlingseigenschaften;
- fordert kontrollierte Zentren für Asylbewerber im laufenden Asylverfahren und geschlossene Zentren für renitente und straffällige Asylbewerber;
- setzt sich dafür ein, dass für Kriegsflüchtlinge die Hilfe vor Ort im Vordergrund steht.

Das bringt mir:

- als Bürger mehr Sicherheit;
- als Steuerzahler weniger Scheinasylanten, die mir auf der Tasche liegen;
- als Einwohner meiner Gemeinde weniger Probleme mit kriminellen Asylbewerbern;
- als Staatsbürger die Fortsetzung der humanitären Tradition der Schweiz;
- als echtem Flüchtling Gewähr, dass nicht Scheinasylanten das System belasten.

Sicherheit

Kriminelle bestrafen statt hätscheln

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit einer hohen Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug sind endlich durchzusetzen.

Die Unsicherheit wächst

Alle acht Minuten steigen irgendwo in der Schweiz Einbrecher in eine Wohnung oder ein Haus ein. Auf 100'000 Einwohner kommen 932 Einbrüche pro Jahr. Damit ist die Schweiz für Banden und Diebe Zielland Nummer eins in Europa. Dies wirkt sich direkt auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land. Ältere Leute wagen sich nach Einbrechen der Dunkelheit nicht mehr auf die Strasse. Jugendliche werden im Ausgang bedroht und angegriffen.

Auftragsverweigerung der Politik

Die Ausländerkriminalität steigt stetig an. Am 28. November 2010 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und eine Mehrheit der Kantone der Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Anstatt den Volkswillen rasch und konsequent umzusetzen, legte der Bundesrat ganze eineinhalb Jahre nach der Abstimmung dem Parlament eine Umsetzungsvariante vor, die sich am abgelehnten und untauglichen Gegenentwurf des Bundesrats zur Volksinitiative orientierte. Und das Parlament bremst weiter. Tausende von ausländischen Straftätern konnten deshalb seit Annahme der Initiative nicht ausgeschafft oder mit einem Einreiseverbot belegt werden. Die SVP sah sich gezwungen, im Dezember 2012 eine Durchsetzungsinitiative einzureichen, damit die Classe politique in Bern endlich handelt. Bisher wird nur laviert und verzögert. Das Volk wird auch hier erneut den Weg weisen müssen.

Zahnloses Strafrecht

Das revidierte Strafgesetzbuch sieht drei Arten von Strafen bei Verbrechen oder Vergehen vor: Freiheitsstrafe, Geldstrafe und gemeinnützige Arbeit. Jede dieser Strafen kann bedingt oder teilbedingt ausgesprochen werden. Mit der Revision des Strafgesetzbuches wurden Geldstrafen und, bei Zustimmung der Täter, gemeinnützige Arbeit eingeführt, welche die bis dahin ausgesprochenen kurzen Freiheitsstrafen ablösen sollten. Die Gesetzesrevision hat dazu geführt, dass Täter die Sanktion nicht spüren, da diese bedingt ausgesprochen werden können. Vom Drogendealer über den Dieb bis zum Gewalttäter werden Kriminelle nach einer kurzen Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuss gesetzt, der unbescholtene Bürger hingegen

wird zum Beispiel mit Bussen im Strassenverkehr richtiggehend geschröpft.

Jugendliche in Gefahr

Unser Strafrechtswesen krankt heute in verschiedenen Bereichen. Zum einen werden – vor allem bei Gewaltdelikten - zu milde Strafen ausgesprochen. Viele Richter schöpfen das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile sorgen dafür, dass die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. Ein weiteres Problem sind die teilweise viel zu langen Verfahren. Unser Strafrecht ist mittlerweile schwergewichtig darauf ausgerichtet, für Täter eine entgegenkommende und hilfebietende Sanktion zu finden, welche die Therapiewirkung höher gewichtet als den Straf- und Abschreckungscharakter. Dabei geht – gerade bei Gewaltdelikten – das Opfer vergessen. Auch im Bereich Jugendstrafrecht sind Verschärfungen angezeigt. Dass 17-jährige Straftäter erheblich mildere Strafen und Sanktionen erfahren, hat sich in organisierten Verbrecherkreisen herumgesprochen, weshalb vermehrt Kinder für die Verübung von Straftaten rekrutiert werden.

Grenzenlosigkeit als Problem

Das Abkommen von Schengen will den freien Reiseverkehr durch die Aufhebung der systematischen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen fördern. Offene Grenzen bedeuten jedoch auch offene Wege für Kriminaltouristen und illegale Einwanderung. Ausländische Diebesbanden veranstalten regelrechte Raubzüge durch unser Land. 2013 waren 75% der 10'982 verurteilten Straftäter für Diebstahl Ausländer. Nur jeder fünfte dieser Ausländer hat einen festen Wohnsitz bzw. eine B- oder C-Niederlassung. Zudem hat die Schweiz mit Schengen ihre Selbständigkeit bei der Ausstellung von Visa aufgegeben. Probleme bestehen auch an den Schengen-Aussengrenzen. Diese ist so löchrig wie ein Sieb.

Volksentscheide durchsetzen

Mit der Durchsetzungsinitiative hat die SVP gezeigt, wie die Ausschaffungsinitiative umzusetzen ist. Dass die SVP überhaupt dazu genötigt wurde, zeigt, wie respektlos mit Volksentscheiden umgegangen wird. Die Durchsetzungsinitiative führt zwei Deliktsarten auf: Wer ein schweres Delikt begeht (z.B. vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Raub, Menschenhandel, Vergewaltigung usw.), wird des Landes verwiesen. Wer ein minderschweres Delikt begeht (z.B. Freiheitsberaubung, Brandstiftung, Gewalt und Drohung gegen Beamte usw.), wird des Landes verwiesen, sofern er bereits vorbestraft war. Dieser Umsetzungsvorschlag ist verhältnismässig und hätte längst umgesetzt werden sollen.

Null-Toleranz bei Gewalt

Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Um den Handlungsspielraum des Richters einzuschränken, sind deshalb vermehrt Mindeststrafen angezeigt. Das Jugendstrafrecht, das auf minderjährige Täter Anwendung findet, muss dringend verschärft werden. Der Justiz muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei minderjährigen Tätern das

Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Zudem ist wegzukommen vom teuren, therapielastigen Vollzug. Die Haft soll kein Wellnesaufenthalt sein.

Grenzen kontrollieren

Die Schweiz muss die Grenzen wieder so kontrollieren, wie sie es vor dem Beitritt zu Schengen getan hat. Ein Land, das seine Grenzen unkontrolliert öffnet, vergibt ein wesentliches Element seiner Souveränität. Ein System von offenen Grenzen von Polen bis Portugal und von Rumänien bis Belgien bringt der Schweiz Nachteile bei der Sicherheit. Dass eine lückenlose Kontrolle der Grenze nicht möglich ist, ist unbestritten. Es hat jedoch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung, wenn bei jedem Grenzübertritt mit einer Kontrolle gerechnet werden muss. Es erstaunt nicht, dass Delikte von Kriminaltouristen an den Grenzen und in Dörfern und Städten entlang der Autobahnen verübt werden. Bereits kurze Zeit nach dem Delikt sind diese wieder ausser Landes. Auch über die Vergabe von Visa muss die Schweiz wieder eigenständig entscheiden und Schengen-Visa nicht blind akzeptieren.

Die SVP

- fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
- fordert die konsequente Umsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer. Die SVP hat mit der Durchsetzungsinitiative einen tauglichen Weg aufgezeigt;
- fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
- verlangt die Wiedereinführung von unbedingten Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten;
- fordert die Abschaffung bedingter Geldstrafen;
- verlangt, dass Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt werden können. Wer sich weigert, hat eine doppelt so lange Freiheitsstrafe zu verbüssen;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben, und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
- verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht und Wiederholungstaten effektiv verhindert werden können;
- unterstützt eine Verschärfung und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;

- verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Doppelbürgerschaften sowie ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird;
- fordert griffige Massnahmen gegen den Kriminaltourismus, insbesondere an den Grenzen;
- verlangt, dass die Schweiz wieder Grenzkontrollen einführt und den Schengen-Austritt anstrebt.

Das bringt mir:

- als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- als Jugendlichen weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- als Gewaltopfer die Gewissheit, dass die Täter aus dem Verkehr gezogen werden;
- als Richter und Polizist griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.

Armee

Sicherheit für Land und Leute

Sicherheit ist unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Eine glaubwürdige Milizarmee garantiert diese Sicherheit auch in Krisenzeiten und ist die massgeschneiderte Lösung für die Bedürfnisse der Schweiz. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Heute toben nur wenige Flugstunden von uns entfernt kriegerische Auseinandersetzungen. Terroranschläge sind jederzeit und überall möglich. Wir sind verpflichtet, auch in Zukunft die nötigen Mittel für unsere Armee und die Landesverteidigung bereitzustellen – damit Land und Leute in Sicherheit und Freiheit leben können.

Armee als Versicherung

Die Schweiz verteidigt mit ihrer Milizarmee Land und Leute vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende bewaffnete Neutralität hat unserem Land Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern Leib und Leben, das Eigentum, den Lebensraum, aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. Ein Land, das nicht selber für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist auch nicht mehr souverän. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen.

Kriege sind leider Tatsache

Der Ausbruch eines ewigen Friedens unter den Völkern ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen nehmen weltweit zu. Gewalt und Krieg bleiben im weltweiten Ringen um Macht, Rohstoffe oder religiösen Einfluss bevorzugte Mittel. Nationale Interessen prägen auch das Handeln der Grossmächte. Die eigenständige Gewährleistung von Sicherheit bleibt im Kleinstaat Schweiz entscheidend für unsere Souveränität. Auf der Basis eines realistischen Weltbildes muss im Rahmen einer ernsthaften Sicherheitspolitik ein wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild bestimmt werden. Eine realitätsnahe Beurteilung verlangt, mit Überraschungen und Unwägbarkeiten zu rechnen. Der Schutz von Land und Leuten toleriert keine Halbheiten und Kompromisse.

Die Schweiz ist verletzlich

Unsere Transitachsen bleiben angesichts des Machtkampfs um Ressourcen und Verkehrswege im Mittelpunkt unserer strategischen Interessen. Religiös motivierte Gewalt und Terror – mit dem radikalen Islamismus sichtbar geworden – besetzt nicht nur Räume, sondern, via Internet, auch Köpfe. Es besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder mögliche Cyber-Angriffe. Das haben verschiedene Ereignisse, auch im direkten Umfeld der Schweiz, eindrücklich gezeigt. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel von denkbaren Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen und Terroranschläge jederzeit möglich. Die

Schweiz als Land mit grossem Wohlstand, Wasserschloss Europas, Drehscheibe für den internationalen Rohstoffhandel und wichtiger Finanzplatz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Genügend Mittel für eine glaubwürdige Armee

Die SVP will eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Defensivarmee, die niemanden angreift, aber die Unabhängigkeit verteidigt und die Schweiz als berechenbaren, zum Frieden beitragenden neutralen Staat erkennen lässt. Mit den vom Parlament beschlossenen Mitteln von 5 Milliarden Franken pro Jahr bei einem Bestand von 100'000 Armeeangehörigen kann der Auftrag nicht erfüllt werden, der neben der Verteidigung auch die Unterstützung der zivilen Behörden (z.B. bei der Katastrophenhilfe) umfasst. Das Ausbluten der Armee durch eine weitere Kürzung der Armeeausgaben ist zu stoppen. Die Ausgaben für die Armee nahmen seit 1990 von 19 auf 7,2 Prozent des Staatsbudgets ab. Im Vergleich zu Staaten wie Schweden, Österreich und Finnland verwendete die Schweiz, gemessen am Bruttoinlandprodukt, am wenigsten Mittel für die Armee. Aus Sicht der SVP sind Mittel von mindestens 5,4 Milliarden Franken pro Jahr und ein Bestand von mindestens 120'000 Armeeangehörigen unabdingbar. Von der Festlegung einer Maximalzahl an Diensttagen pro Jahr ist abzusehen. Der Wiederholungskurs soll in der Regel drei Wochen dauern.

Eigenständige Verteidigung ohne Alternative

Sicherheit von Land und Leuten zu garantieren, ist eine Kernaufgabe des Staates. Darum braucht es eine starke und schlagkräftige Armee mit einem konkreten Auftrag, verbindlichen Zielen und einer realitätsbezogenen Strategie. In den 1990-er Jahren geriet unsere Armee durch unbrauchbare Reformen wie «Armee 95», «Armee XXI» und «Entwicklungsschritt 08/11» in einen besorgniserregenden Zustand und entfernte sich weit von jeder Einsatzbereitschaft. Mit dem Amtsantritt von SVP-Bundesrat Ueli Maurer und gezielten Massnahmen zur Behebung der Mängel wurde die Trendwende eingeläutet. Die Armee muss wieder jederzeit ihre Funktionen erfüllen können. Dazu muss sie innert weniger Tage aufgeboten werden können und über eine zu definierende Dauer rund um die Uhr einsatzfähig sein.

Keine Auslandseinsätze und Militärbündnisse

Die Armee hat den verhängnisvollen Pfad der Internationalisierung zu verlassen und hat im Ausland nichts verloren. Die Auslandseinsätze wie derjenige im Kosovo (KFOR-Einsatz) sind zu beenden. Unsere Armee darf weder in die NATO geführt noch in die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU integriert werden. Zudem sind Tendenzen zur weiteren Verkleinerung der Armee und zum schleichenden Umbau in ein Berufsheer zu stoppen. Führungsstrukturen und aufgeblähte Stäbe müssen weiter und spürbar gestrafft werden. Zu einer schlagkräftigen Armee gehört auch eine gut ausgerüstete Luftwaffe, die in der Lage ist, Gefährdungen in der Luft abzuwehren. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Erneuerung der Luftwaffe rechtzeitig an die Hand genommen wird.

Die SVP

- bekennt sich zu einer ausreichend bewaffneten und hervorragend ausgebildeten Milizarmee mit gut ausgerüsteter Bodentruppe und Luftwaffe zur Bewahrung einer unabhängigen, freien und neutralen Schweiz;
- fordert einen Bestand von mindestens 120'000 Armeeangehörigen mit einem Budget von mindestens 5,4 Milliarden Franken pro Jahr;
- fordert eine Gesamterneuerung der Luftwaffe. Der Luftpolizeidienst ist rund um die Uhr sicherzustellen. Als Notlösung in einer Übergangszeit sind 2 bis 3 Staffeln Tiger F-5 weiter zu betreiben;
- verlangt eine hohe, bedrohungsgerecht abgestufte Bereitschaft von Teilen oder der ganzen Armee und eine entsprechende Mobilmachungsorganisation;
- verlangt die Beendigung von bewaffneten Auslandseinsätzen wie demjenigen im Kosovo (KFOR-Einsatz);
- steht für eine bündnisfreie Schweiz und keine weitere Einbindung in die NATO ein;
- steht ein für die sofortige Aufhebung der gesetzwidrigen Trennung von Ausbildungs- und Einsatzverantwortung;
- verlangt die Beendigung der Ausgrenzung und des Schikanierens von Sammlern historischer Waffen und des Schiesswesens allgemein.

Das bringt mir:

- als Bürger mehr Sicherheit
- als Familie die Gewissheit, dass unser Land geschützt werden kann;
- als Angehörigem der Armee die nötigen Ressourcen, um den Auftrag für Land und Leute zu erfüllen;
- als verantwortungsvollem Behördenmitglied jederzeit die richtigen Mittel zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen;
- als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder nicht in fremde Kriege ziehen müssen.

Bildung

Praxisorientierte Bildung statt Reformhektik

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Im Zentrum steht das Wohl des Kindes und seine ganzheitliche Entwicklung zu einer sich selbst und gegenüber anderen verantwortlichen Person. Die SVP unterstützt ein qualitativ hoch stehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen. Die Schule ist konsequent auf die Praxis auszurichten indem sie auf die Förderung von Kopf, Herz und Hand setzt. Die Qualität hängt weniger vom Einsatz öffentlicher Finanzen ab als von starken Lehrerpersönlichkeiten, die bereit und frei sind zu führen. Das duale Bildungssystem ist unbedingt zu erhalten und zu stärken.

Abgehobene Reformen stoppen

Das Bildungswesen hat sich an der Praxis der Arbeitswelt auszurichten. Wenn es mehr Ärzte, Ingenieure und technische Berufsleute braucht, sind diese in der Schweiz auszubilden. Wenn die Unternehmer und weiterführenden Schulen die fehlenden Grundkenntnisse der Schulabgänger bemängeln, muss sich die Volksschule wieder auf Mathematik, lokale Landessprache und Naturwissenschaften konzentrieren und dafür auf zwei Fremdsprachen in der Primarschule, ideologischen Gender- und Sexualkundeunterricht und wirtschaftsfeindlichen Ökologie- und Konsumentenschutzunterricht verzichten. Alle Reformexperimente der letzten Jahre, ob Bologna, HarmoS, Lehrplan 21, integrativer Unterricht, Teamteaching, Kompetenzorientierung, usw. haben anstatt grössere Praxisorientierung, mehr Bürokratie, mehr Zentralismus, Akademisierung und Therapeutisierung gebracht und zu einer massiven Verteuerung des Bildungssystems ohne entsprechenden Nutzen geführt.

Leistungsorientierung

Die Bejahung von Leistung muss Teil des Schulalltages sein. Wirtschaft und Gewerbe müssen sich im harten Wettbewerb behaupten. Sie setzen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Leistungsbereitschaft, Leistungswille und Leistungsfähigkeit voraus. Die Hoheit der Kantone über die Volksschule ist ein Grundpfeiler unseres Bildungswesens. Die kantonalen Lehrpläne müssen klare und verbindliche Lernziele vorgeben. Leistung und Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Ohne Ordnung, Disziplin und Leistungswille gibt es keinen Erfolg. Leistungsbeurteilungen haben in Form von Noten, Verhaltensbeurteilungen mit schriftlichen Bewertungen zu erfolgen. Das einheitliche Zeugnis muss einfach und für Eltern und Lehrmeister verständlich sein.

Stärkung des Lehrerberufs

Die Lehrer müssen gestärkt und mit Methoden- und Lehrmittelfreiheit ausgestattet werden. Es ist in der Primarstufe zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre volle Kraft und

Zeit für den Unterricht und die Kinder aufwenden, nicht für «Schulentwicklung», Sitzungen und Administration. Die SVP setzt sich für die Autonomie der Schulen vor Ort gegenüber den kantonalen Verwaltungen ein. Die Betroffenen sollen über ihr Schulwesen selber bestimmen können.

Berufslehre und technische Berufe stärken

Es sollen wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Hohe Maturitätsquoten sind nur Zeichen der Gleichmacherei und der Nivellierung nach unten. Die Berufsbildung ist nachweislich bester Garant für eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit und gewährleistet die notwendige Verbindung zwischen Wirtschaft und Bildung. Unser Bildungssystem soll Kinder und Jugendliche so ausbilden, dass sie später eine Anstellung finden. Die Akademisierung der letzten Jahrzehnte führte aber gerade in die gegenteilige Richtung. Viele Universitätsabsolventen finden keine Stelle, oder dann nur in der staatlichen Bürokratie, weil die Nachfrage nach Sozial-, Geistes- und Rechtswissenschaftlern zu gering ist. Dafür wurde die Ausbildung bei technischen Berufen, Naturwissenschaften, Ingenieuren, Informatikern oder Ärzten schmerzlich vernachlässigt, für welche nachweislich eine grosse Nachfrage in der Schweiz besteht.

Forschung für Spitzenleistungen

Forschung ist grundsätzlich keine Kernaufgabe des Staates. Der Staat soll aber günstige Rahmenbedingungen für die Forschenden schaffen. Forschung soll nicht Selbstzweck sein, sondern ergebnis- und anwendungsorientiert im Wettbewerb mit den Besten erfolgen. Die Schweizer Universitäten und die ETHs müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, auf wissenschaftliches Arbeiten und auf Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen vermehrt an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern Universitäten der Spitzenklasse.

Kein Geld für fragwürdige Programme

Es ist stossend, wenn der Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanziert, die nach dem Studium unser Land verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines anderen Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren zu erheben. Eine erneute vollständige Assoziierung an die milliardenteuren EU-Bildungsprogramme braucht die Schweiz nicht, weil damit viel Bürokratie und verschwenderischer Leerlauf verbunden sind. Ein Studentenaustausch ist auch ohne teure EU-Programme weltweit und direkt zwischen den Universitäten möglich.

Die SVP

- steht dafür ein, dass Erziehung grundsätzlich Sache der Eltern und Ausbildung Sache der Schule ist;
- verlangt, dass die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger direktdemokratisch ihr Schulwesen bestimmen können;

- setzt sich dafür ein, dass die Volksschule sich wieder auf die Kernfächer lokale Landessprache (Deutsch/Französisch/Italienisch/Rätoromanisch), Mathematik und Naturwissenschaften konzentriert statt auf zwei Fremdsprachen und die Beeinflussung des Verhaltens der Schüler;
- bekämpft die Therapeutisierung, Zentralisierung und Bürokratisierung der Schule durch zahlreiche Reformexperimente, HarmoS und den Lehrplan 21;
- bekennt sich zum Klassenlehrerprinzip und fordert, dass Lehrkräfte durch ihre Ausbildung befähigt werden, eine Schulklasse zu führen statt zu coachen;
- fordert Disziplin und Ordnung im Schulzimmer und auf dem Schulgelände;
- verlangt Noten ab der ersten Klasse;
- bei der Hochschulbildung mehr Qualität statt Quantität und statt zu viele Sozial- und Geisteswissenschaftler in der Schweiz mehr ausgebildete Ingenieure, Naturwissenschaftler und Ärzte;
- bekämpft die weitere Verakademisierung der Bildung und lehnt Maturitätsquoten ab. Die SVP setzt sich ein, dass zum Beispiel Hebammen, Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen und auch Primarlehrer keine Hochschulbildung brauchen;
- bekämpft die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Stärkung der praxisorientierten Berufslehre;
- wehrt sich gegen die geldverschwenderische, bürger- und wirtschaftsferne Teilnahme an EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen.

Das bringt mir:

- als Schüler und Student eine praxisnahe Ausbildung und gute Chancen im Arbeitsmarkt;
- als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder in der Schule auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet werden;
- als Lehrer die Möglichkeit, mich auf die Vermittlung von Wissen zu konzentrieren, statt mich mit administrativem Leerlauf abzumühen;
- als Lehrmeister Lehrlinge, die mit einem soliden Bildungsrucksack aus der Volksschule kommen;
- als Personalchef gut ausgebildete Berufsleute aus der Schweiz.

Sozialwerke

Sozialwerke sichern - Missbräuche bekämpfen

Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuereinnahmen zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern wieder ins rechte Lot zu rücken. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik.

Probleme mit Geld zugedeckt

Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde. So wurde die Mehrwertsteuer zum Beispiel 1999 um 1 Prozent für die AHV, 2008 um 0,4 Prozent für die Invalidenversicherung (IV) angehoben. Weitere Erhöhungen sind bereits in Planung.

Altersvorsorge in Schieflage

Wir werden immer älter und beziehen deshalb immer länger Rente. Dies führt dazu, dass immer weniger Arbeitstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Haben 1970 noch fünf Personen für einen Rentner einbezahlt, sind es heute noch drei. Im Jahre 2040 werden es voraussichtlich nur noch zwei sein. Schon jetzt nimmt die AHV weniger ein, als sie ausbezahlt. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Wie bei der IV sollen nun bei der AHV dem Bürger vorab zusätzliche Mittel durch eine Mehrwertsteuererhöhung abgezwickelt werden, statt die versprochenen und dringend nötigen Reformen im System anzugehen.

Sozialstaat stösst an Grenzen

Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während die Sozialausgaben im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 auf 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2012 bereits 163 Milliarden Franken. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten der künftigen Generationen. Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Menschen aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes ist in Frage gestellt: Zwar werden die Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe sowie Kranken- und Unfallversicherung durch steigende Steuergelder und Prämien getragen; AHV, Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für Sozialhilfe in den letzten 10 Jahren auf über 2,4 Mrd. Franken verdoppelt.

Immer mehr Menschen beziehen immer länger Sozialhilfe. Die Sozialhilfe hat ihre ursprüngliche Funktion als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe verloren. Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen Menschen entfernten und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.

Reformen unumgänglich

Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass für Frauen wie für Männer das gleiche Rentenalter von 65 Jahren gilt. Bei der beruflichen Vorsorge befürwortet die SVP die Entpolitisierung von technischen Grössen wie etwa dem Mindestumwandlungs- oder dem Mindestzinssatz, damit hier den effektiven Gegebenheiten Rechnung getragen wird.

Fehlanreize beseitigen

Weiter müssen bei der IV die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Gewisse Nationalitäten (Balkanstaaten, Türkei) sind überdurchschnittlich häufig IV-Empfänger. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine bessere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um dem Missbrauch und Fehldiagnosen vorzubeugen.

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind als Empfehlungen oder als unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe zu betrachten und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Denn die SKOS rechnet ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden hält, dessen Leistungen müssten spürbar reduziert werden können. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten und stattdessen das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken, da nur so für den konkreten Einzelfall eine angemessene, günstige und zugleich würdige Hilfe möglich ist. Familie, lokale Vereine, Kirchen und Unternehmen sollen ihren wichtigen Beitrag leisten können.

Die SVP

- setzt sich für die finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
- lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben, insbesondere auch eine Mehrwertsteuererhöhung, zur Sanierung der Sozialwerke ab, denn strukturelle Mängel dürfen nicht mit Steuergeldern überdeckt werden;
- verlangt zur Sicherung der AHV:
 - gleiches Rentenalter 65 für Frauen und Männer;
 - eine vollständige Verwendung des seit 1999 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents für die AHV;
 - die Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV;
 - eine moderate und schrittweise Erhöhung des Rentenalters, angepasst an die stetig steigende Lebenserwartung oder die Unterdeckung des AHV-Reservefonds;
- setzt sich ein für eine überfällige Sanierung der IV, so wie sie den Stimmbürgern versprochen wurde;
- kämpft für den Verzicht auf eine Überregulierung der beruflichen Vorsorge und die Herauslösung der technischen Parameter aus dem BVG. Mindestens soll aber der Umwandlungssatz gesenkt werden;
- verlangt ein Umdenken im Sozialhilfewesen gemäss folgenden Grundsätzen:
 - Milizprinzip vor Professionalisierung;
 - Eingliederung vor Sozialhilfe;
 - Sozialhilfe ist Überbrückungshilfe;
 - Die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien muss aus allen kantonalen Sozialhilfegesetzen gestrichen werden;
 - Die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen muss gestärkt werden;
 - Stopp der Ausbreitung einer Sozialindustrie;
- fordert die Gewährleistung der Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Abkehr von einer Professionalisierung und Zentralisierung im Vormundschaftswesen;
- Familienlösungen vor Heimlösungen im Kindes- und Erwachsenenschutz;
- bekämpft unbezahlbare Folgen in der Sozialhilfe durch eine falsche Asylpolitik.

Das bringt mir:

- als Rentner sichere Renten;

- als Jungem die Aussicht, auch in Zukunft noch sichere Sozialwerke zu haben;
- als in Not geratenem die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- als Konsument keine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Sozialwerke;
- als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können;
- als Gewerbetreibendem keine zusätzlichen Abgaben und Belastungen.

Gesundheit

Qualität dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt die Begehrlichkeiten und die Prämien laufend steigen. Eklatante Fehlanreize im heutigen System sind zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Banner der Gesundheit, die immer groteskere Züge annimmt, ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.

Überregulierter Gesundheitsbereich

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben wird. Noch mehr staatliche Eingriffe sind hier indes die falsche Medizin. Regulierungen, Bürokratie und Staatsinterventionismus schränken im Gesundheitswesen zunehmend die Eigenverantwortung und die Entfaltung einer innovativen Privatwirtschaft ein.

Ausufernder Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkasko-Mentalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.

Teurer Präventionswahn

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Von 2014 bis 2018 ist gemäss Finanzplan im Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Ausgabenwachstum von jährlich 418 Millionen Franken auf insgesamt 3,1 Milliarden Franken zu verzeichnen. Begründet wird dies unter anderem mit der generellen Präventionstätigkeit des BAG. Die Gesundheitsfunktionäre und selbsternannten Experten des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Prä-

ventionswahns. Immer mehr Geld fliesst in zwielfichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollorgane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie heute bereits den Wettbewerb behindern und Fehlanreize schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kantone eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollenteilung und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbstständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Eigenverantwortung stärken

Wettbewerb und Vertragsfreiheit müssen auch im Gesundheitswesen als Grundprinzipien wirken und daher gestärkt werden. Die Eigenverantwortung der Versicherten, d.h. auch deren Kostenbeteiligung, muss erhöht und eine übertriebene Anspruchshaltung verhindert werden. Das persönliche Verhältnis und die daraus abgeleiteten direkten Verantwortlichkeiten zwischen Arzt und Patient, zwischen Apotheker und Kunde oder auch zwischen Versicherung und Versichertem müssen im Vordergrund stehen. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierte Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheidungen im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden soll. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausgerichtete Ausbildung, sagt aber rein gar nichts über die Qualität zu Gunsten der Patienten aus. Es braucht eine Stärkung der verschiedenen praxisorientierten Pflegeausbildungsberufe. Zudem ist die Ausbildung eines einheimischen Ärztenachwuchses unter anderem durch die Abschaffung des unsinnigen Numerus clausus zu fördern.

Die SVP

- steht für eine wettbewerbliche Ausrichtung des Gesundheitswesens ein, die für Stadt und Land eine qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung garantiert;

- fordert mehr Transparenz über Qualität und Preise im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten und damit deren Wohlergehen zu stärken;
- verlangt eine Entschlackung des Leistungskataloges in der Grundversicherung und die Gestaltung des Leistungskatalogs in Form einer Positivliste. Geschlechtsumwandlungen, Schönheitsoperationen usw. dürfen nicht auf die Allgemeinheit überwältzt werden;
- will die sofortige Aufhebung der amtlich festgelegten Obergrenze der frei wählbaren Franchise in der obligatorischen Krankenversicherung;
- setzt sich dafür ein, dass die Palliative Care als ganzheitliches Betreuungskonzept für Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten im Gesundheitswesen offiziell verankert wird;
- wehrt sich gegen absurde und teure Selbstbefriedigungs-Kampagnen unter dem Deckmantel der Prävention und setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger;
- verlangt, dass rechtswidrig in der Schweiz lebende Personen (Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber) keinen Anspruch mehr auf eine obligatorische Krankenversicherung haben;
- fordert, dass die Akademisierung der Pflegeberufe rückgängig gemacht wird und dem Pflegenotstand in der Schweiz durch mehr Ausbildungsplätze begegnet wird;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab.

Das bringt mir:

- als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- als Familie bezahlbare Krankenkassenprämien;
- als Bewohner einer Randregion Gesundheitsversorger in der Umgebung;
- als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.

Landwirtschaft

Für eine einheimische Produktion

Die SVP setzt sich für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln versorgt. Für ihre wichtigen Leistungen im Dienste der Allgemeinheit müssen Bauernfamilien ein vernünftiges Auskommen verdienen. Die Planungssicherheit und Innovationskraft einer unternehmerisch ausgerichteten Landwirtschaft ist zu stärken. Dazu ist die überbordende Ökologisierung auf ein vernünftiges Mass zurückzufahren. Dem Kulturland ist im Gegenzug Sorge zu tragen.

Bauernsterben setzt sich fort

Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz noch über 243'000 Landwirtschaftsbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2013 gerade noch 55'000. Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Dazu gehören die Sicherung und der Erhalt der Produktionsgrundlagen sowie die Produktion von gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln.

Die Bauern sind jedoch aufgrund der aktuellen Agrarpolitik immer weniger in der Lage, dem Verfassungsauftrag auch nachzukommen: So ging in den letzten Jahren viel Landwirtschaftsfläche verloren, und viele Landwirtschaftsbetriebe mussten aufgrund des sinkenden Einkommens aufgeben. Der Erhalt eines möglichst hohen Selbstversorgungsgrades, aber auch die Bewirtschaftung und Pflege der Kulturlandschaft sind damit in Frage gestellt.

Selbstversorgungsgrad darf nicht weiter sinken

Die Schweiz ist bereits heute pro Kopf einer der weltweit grössten Nettoimporteure von Nahrungsmitteln. Während wir pro Einwohner und Jahr für rund 600 Franken Nahrungsmittel importieren, liegt dieser Wert in der EU etwa zehnmal tiefer. Der Netto-Selbstversorgungsgrad (importierte Futtermittel für die tierische Inlandproduktion abgezogen) lag im Jahr 2000 noch bei 59 Prozent und ist seitdem weiter gesunken. Die Schweiz ist damit weit davon entfernt, sich selbst zu versorgen. Nach Ansicht der SVP sind daher die produzierende Landwirtschaft und damit die bäuerlichen Familienbetriebe gezielt zu stärken.

Eigenverantwortung statt Vorschriftenflut

Leider werden unsere Landwirte durch immer mehr Vorschriften, Formulare und Kontrollen belastet, die ihnen die Ausübung ihres eigentlichen Berufes erschweren und zudem auch ihre Eigenverantwortung untergraben. Zuviel Zeit muss für Papierkram und Administratives aufgewendet werden. Zu viel Staatsgeld versickert in der Agrarbürokratie, statt dass es den Bauern zugutekäme. Der Landwirt ist ein hoch qualifizierter Spezialist der

Nahrungsmittelproduktion, der selber entscheiden soll, was er wo und wie produzieren will.

Produzierende Landwirtschaft

Unsere produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für die Erhaltung einer vielfältigen und gut strukturierten Kulturlandschaft. Das ist ökologisch sinnvoller, als wenn die Landwirtschaftsprodukte über Kontinente hinweg transportiert werden. Mit der aktuellen Agrarpolitik hat die Schweiz jedoch genau den gegenteiligen Weg eingeschlagen, das heisst, die extensive Landwirtschaft wird auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft gefördert. Wir tun damit also genau das, was wir eigentlich nicht tun sollten: Erstens importieren wir immer mehr Lebensmittel zweifelhafter Herkunft, wobei wir zweitens auch unsere Abhängigkeit vom Ausland erhöhen. Zudem fällt immer mehr wertvolles Landwirtschaftsland der Verwaltung und der Renaturierung von Gewässern zum Opfer. Auch durch die hohe Zuwanderung wächst die Siedlungsfläche zulasten des Kulturlandes.

Förderung leistungsfähiger Landwirtschaftsbetriebe

Die produzierenden Landwirtschaftsbetriebe dürfen gegenüber den extensiven Betrieben finanziell nicht benachteiligt werden. Die SVP hat das Ziel, für die Schweiz wieder einen Selbstversorgungsgrad von mindestens 60 Prozent zu erreichen. Dieses Ziel kann indes nur erreicht werden, wenn den Bauernfamilien Perspektiven für die Zukunft geboten werden, damit diese nachhaltig in die Produktion investieren. Damit werden auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen (Industrie, Gewerbe, Tourismus) Arbeitsplätze gesichert.

Landwirtschaft nicht auf dem Altar der EU opfern

Das vom Bundesrat angestrebte Agrarfreihandelsabkommen mit der EU wie auch das von der Welthandelsorganisation (WTO) angestrebte Abkommen, die im Bereich Landwirtschaft eine viel zu weit gehende Grenzöffnung vorsehen, hätten existenzbedrohende Folgen für die Bauernfamilien. Die Senkung der Lebensmittelpreise auf EU- oder gar auf Weltmarktpreisniveau – bei gleich bleibenden Produktionskosten – würde die Existenz einer einheimischen Landwirtschaft zerstören. Das würde sich wiederum negativ auf die dezentrale Besiedelung, die Pflege der Kulturlandschaft wie auch auf die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel auswirken. Einen unkontrollierten Agrarfreihandel mit der EU und WTO lehnt die SVP daher ab. Bei bereits bestehenden Importen von Lebensmitteln sollen für diese die gleichen Anforderungen gestellt werden wie für die im Inland produzierten.

Sinnvolle Raumplanung

Das Raumplanungsgesetz ist darauf auszurichten, dass unternehmerische Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können. Die SVP setzt sich dafür ein, dass bestehende Gebäude ausserhalb der Bauzone vollumfänglich und möglichst flexibel genutzt und umgenutzt werden können. Damit wird Kulturland geschützt, das Landschaftsbild erhalten und Wertschöpfung im ländlichen Raum sichergestellt. Die SVP steht zu einem sparsamen Umgang mit Landwirtschaftsland.

Die SVP

- will die produzierende Landwirtschaftsbetriebe stärken;
- fordert den Erhalt der Ernährungssicherheit in der Schweiz durch einen Selbstversorgungsgrades von mindestens 60 Prozent;
- kämpft für eine Sicherung der Existenzgrundlage für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und für ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen;
- setzt auf die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung und lehnt einen Agrarfreihandel mit der EU ab;
- setzt sich für ein Raumplanungsgesetz ein, das bei bestehenden Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine flexible und vollständige Nutzung zulässt;
- wehrt sich gegen immer neue Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen;
- kämpft für die Investitionssicherheit, indem die nach neusten Erkenntnissen und Vorschriften realisierten Bauten und Einrichtungen mindestens 30 Jahre lang nicht verändert werden müssen;
- fordert gleiche Anforderungen an die importierten Lebensmittel wie an die einheimischen;
- befürwortet die Förderung von Viehwirtschaft, Viehexport und Aufzucht von Jungvieh zur Stärkung der Grünlandbetriebe, vor allem im Hügel- und Berggebiet.

Das bringt mir:

- als Konsument gesunde Nahrungsmittel aus einheimischer Produktion;
- als Bauernfamilie Perspektiven für die Zukunft;
- als Landwirt die nötige unternehmerische Freiheit;
- als Wanderer und Tourist eine gepflegte Kulturlandschaft;
- als naturliebender Mensch eine schöne und intakte Landschaft.

Verkehr

Freie Fahrt ohne Schikanen

Eine bedarfsgerechte, gut ausgebaute und unterhaltene Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand und freie Entfaltung. Die knappen Gelder für die Infrastruktur sind effizient und ideologiefrei einzusetzen. Die Strasse darf dabei gegenüber der Schiene nicht benachteiligt werden, wie dies in den letzten Jahrzehnten häufig der Fall war. Jeder Verkehrsträger soll die Mittel erhalten, die er einbringt. Umverteilung, Quersubventionierung und Zweckentfremdung sind ebenso zu stoppen wie der Raubzug auf die Automobilisten durch immer neue und höhere Abgaben, Gebühren und Bussen.

Verkehrsnetz vor dem Kollaps

Das enorme Verkehrswachstum der letzten Jahrzehnte stellt unsere Infrastruktur vor grosse Herausforderungen. An vielen Stellen, insbesondere auf der Strasse, ergeben sich Engpässe – es droht der Verkehrsinfarkt. Dies zeigt sich auch in der Zunahme der Stautunden der letzten Jahre auf dem gesamten Strassennetz. Am meisten Staus, Behinderungen und Unfälle gibt es jedoch auf den Hauptachsen, wie die Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz zeigt.

Einseitige Verkehrspolitik

Dieser Zustand ist einerseits Folge der von Bundesrat und Parlament verfolgten einseitigen Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte, andererseits aber auch von Wirtschaftswachstum, steigender Mobilität und hoher Zuwanderung. Eine Optimierung der Verkehrsflüsse mittels Verkehrsmanagement-Massnahmen (Benutzung von Pannestreifen, temporäre Geschwindigkeitsreduktionen, zeitlich begrenzte Lastwagen-Überholverbote) kann zwar die Probleme lindern, angesichts der enorm hohen prognostizierten Wachstumsraten ist ein Ausbau der Strasseninfrastruktur jedoch zwingend notwendig.

Engpässe beseitigen

Oberstes Ziel muss sein, mit den vorhandenen Mitteln die wichtigsten Engpässe umgehend zu beseitigen sowie Ausbauten auf dem gesamten Netz vorzunehmen. Strasse und Schiene müssen dabei gleichwertig behandelt werden. Finanzielle Benachteiligungen einzelner Verkehrsträger zugunsten anderer darf es nicht geben. Es gilt einzig das Kriterium der Wirtschaftlichkeit und der Nachfrage der Verkehrsbenutzer.

Bisherige Strukturen dienen der Abzockerei

Der wichtigste Grundsatz einer neuen und funktionierenden Verkehrspolitik ist die konsequente Beseitigung von Fehlanreizen und Benachteiligungen. So kommt es heute zu systematischen Verzögerungen bei Planung und Ausbau der Infrastruktur. Zudem sind die Finanzierungsmechanismen einseitig und intransparent. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der

Strassengelder auf Bundesebene. Die Strasse bekommt heute gerade einmal knapp ein Drittel des aus ihrem Bereich über Abgaben und Steuern abgelieferten Geldes.

Bussenterror auf Kosten der Autofahrer

Kein Wunder also, dass der Ausbau der Strasseninfrastruktur stockt, kein Wunder aber auch, dass sich die Autofahrer dadurch zu Recht als finanzielle Milchkuh sehen. Kommt hinzu, dass die Autofahrer durch ein inflationäres Bussenregime regelrecht abgezockt werden. Die dadurch angeblich erhöhte Sicherheit der Strassenbenutzer entpuppt sich angesichts der fest budgetierten Busseneinnahmen als billiger Vorwand. Die Entwicklung über die Jahre zeigt ein stetiges Ansteigen dieser Einnahmen – ein eigentlicher Bussenterror auf Kosten der Autofahrer.

Als wäre dies nicht genug, sind in der Verwaltung weitere Projekte für noch mehr Abgaben und Gebühren im Strassenverkehr geplant: Tunnelgebühren, Mobility-Pricing, höhere Treibstoffgebühren usw. Diesen Raubzug gilt es endlich zu stoppen.

Verkehrspolitik ohne Schikanen

Die Lösung der Verkehrsprobleme bedingt eine Neugestaltung der Verkehrspolitik. Dabei haben der optimale Einsatz der Verkehrsmittel, die Effizienz und die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen. Dies bedeutet, dass die über Jahre gewachsenen Finanzierungsstrukturen mit Zweckentfremdungen und Quersubventionierungen endlich aufgebrochen und durch transparente und ideologiebefreite Instrumente ersetzt werden. Insgesamt muss die freie Wahl des Verkehrsmittels für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin vollumfänglich – das heisst ohne falsche Anreize – gewährleistet sein.

Die Grundsätze einer solchen Verkehrspolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Jedes Verkehrsmittel bekommt die Mittel, die es erwirtschaftet (über die bisherigen Steuern, Abgaben usw.). Mit diesem Grundsatz wird der Zweckentfremdung und Quersubventionierung wirksam ein Riegel geschoben.
- Jede Erhöhung von bestehenden Abgaben und die Einführung von neuen Abgaben sind dem fakultativen Referendum zu unterstellen.
- Die Rechnungslegung der einzelnen Verkehrsträger ist auf eine transparente und nachvollziehbare Grundlage zu stellen.
- Die Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehrsträger ist zu verbessern. Ziel muss sein, dass sich die Verkehrsträger mittelfristig ohne staatliche Subventionen finanzieren können.

Effizienter Ausbau

Die Einführung eines solchen Modells führt gegenüber dem heutigen System zu folgenden Verbesserungen:

- Der Ausbau der künftigen Verkehrsinfrastruktur orientiert sich am Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Jedes Projekt wird an der Nachfrage und dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen gemessen. Dazu gehören

auch die künftigen Betriebskosten, die heute massiv unterschätzt werden.

- Der Einbezug der Wirtschaftlichkeit führt zwangsläufig zu einer Priorisierung der künftigen Projekte. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass dem Volk nicht stetig neue Vorhaben versprochen werden, die man angesichts der knappen Finanzen auf später verschieben bzw. ganz aufgeben muss.

Es geht also nicht um ein Ausspielen der einzelnen Verkehrsträger gegeneinander, sondern um die ideale Kombination und Nutzung des vorhandenen Netzes. Die Politik der letzten Jahrzehnte mit einseitiger Förderung des Schienenverkehrs und gleichzeitiger Belastung der anderen Verkehrsträger ist deshalb zu stoppen. Nach Meinung der SVP sollen alle Verkehrsträger gemäss ihrer jeweiligen Stärke eingesetzt werden. So tragen sie zur freien Entfaltung der Bürger und zum Erhalt des Wohlstandes bei.

Die SVP

- bekämpft jegliche Benachteiligung von Verkehrsträgern und spricht sich für die freie Wahl des Verkehrsmittels aus;
- fordert den Stopp der Quersubventionierung der Schiene durch Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs;
- wehrt sich gegen den Bussenterror, bei dem nicht die Sicherheit der Bürger, sondern die Einnahmen für den Staat im Vordergrund stehen;
- lehnt höhere oder neue Gebühren und Abgaben im Individualverkehr kategorisch ab und sagt deshalb Nein zu Tunnelgebühren am Gotthard und Mobility-Pricing;
- wehrt sich gegen politisch motivierte Erhöhungen der Benzinpreise und gegen immer neue Blechpolizisten, die nur der Abzockerei der Bürger dienen;
- unterstützt die beschleunigte Fertigstellung des Nationalstrassennetzes mit Beseitigung der Engpässe sowie den Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard;
- verlangt einen höheren Kostendeckungsgrad im Schienenverkehr, verbunden mit einer massvollen Erhöhung der Billettpreise;
- will Transparenz bei den Bau- und Folgekosten von Infrastrukturprojekten durch den Einbezug der Wirtschaftlichkeit als oberstes Kriterium;
- setzt sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Luftfahrt durch sinnvolle und wirtschaftsfreundliche Massnahmen und Verträge sowie einen Abbau von Auflagen und Regulierungen ein;
- fordert analog zu FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) einen Fonds nur für den Strassenverkehr auf Verfassungsebene.

Das bringt mir:

- als Autofahrer mehr Sicherheit, weniger Stau und keine neuen Steuern und Abgaben;
- als Bahnfahrer weniger überfüllte Züge;
- als Transporteur genügend Kapazitäten auf Strasse und Schiene und die Garantie, dass meine Produkte rechtzeitig beim Kunden ankommen;
- als Angestelltem einer internationalen Firma zuverlässige Verbindungen in die ganze Welt.

Energie

Für eine sichere und günstige Energieversorgung

Ohne Energie läuft nichts. Die Schweiz verfügt bis heute über eine funktionierende, sichere und günstige Energieversorgung mit einer starken heimischen Stromproduktion. Abgaben und Gebühren wie auch Regulierungen haben ein erträgliches Ausmass. Mit der Energiestrategie 2050 des Bundes soll dieser sichere und bewährte Weg für eine nebulöse Vision ohne gesicherte Grundlage verlassen werden. Doch es steht zu viel auf dem Spiel für irgendwelche ideologiegetriebenen Experimente. Als rohstoffarmes Land ist die Schweiz auf sichere und günstige Energie angewiesen.

Der Energiebedarf steigt und steigt

Der Energiekonsum in unserem Land steigt trotz Sparbemühungen und verbesserter Effizienz stetig an. Dies wird auch in Zukunft so weitergehen, denn neben der Bevölkerungszunahme sorgen insbesondere Wirtschaftswachstum und Wohlstand dafür, dass unser Energiebedarf auf hohem Niveau bleibt.

Weitere Verbesserungen beim Komfort und immer neue Anwendungen (im Kommunikationsbereich, im Haushalt usw.) sorgen dafür, dass diese Entwicklung weitergeht.

Energie wird teurer

Steigende Energiepreise sind Gift für Wirtschaft und Wohlstand. Sie sorgen dafür, dass die Produktionskosten der Wirtschaft ansteigen, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt und die Bevölkerung weniger Geld im Portemonnaie hat.

Anstatt die Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren, werden die Energieträger heute jedoch als willkommene Steuerquelle missbraucht. Gebühren und Abgaben werden erhöht oder neue geschaffen. Begründet wird dieses Vorgehen meist mit ökologischen Zielen oder in jüngster Zeit mit dem Ausstieg aus der Kernenergie. Diese Ziele können jedoch mit den gewählten Massnahmen bestenfalls in der Theorie und verbunden mit immensen Kosten erreicht werden.

Massive Umverteilung

Die Milliarden an Abgaben fliessen grösstenteils in den Bundeshaushalt. Ein anderer Teil wird mit wenig Erfolg auf andere Energieträger umverteilt. Mit der Energiestrategie des Bundes wird dieser falsche Weg noch ausgebaut, bei notabene geringerer Produktion als bisher. Gleichzeitig ist äusserst fraglich, ob die gewünschten ökologischen Ziele erreicht werden können.

Weniger Abgaben und Gebühren und verbesserte Rahmenbedingungen für Private und Unternehmer, so müsste die Devise lauten. Im Sinne der In-

Investitions- und Rechtssicherheit sind die bestehenden Finanzierungsinstrumente zu überprüfen und zu hinterfragen. Die Energiepolitik hat sich an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren.

Versorgungssicherheit als oberstes Ziel

Das oberste Ziel einer vernünftigen Energiepolitik ist günstige, unabhängige, reichlich verfügbare und umweltfreundliche Energie. Dieser Grundsatz wird mit dem aktuellen Energiemix eingehalten. Der fossile Anteil am Gesamtsystem ist im Sinne einer Stärkung der Unabhängigkeit zu reduzieren. Dazu braucht es aber Strom, der jederzeit und bei allen Witterungsbedingungen verfügbar ist. Diese Voraussetzungen können neben den fossilen Energieträgern nur die Wasser- und die Kernkraft erfüllen.

Diese beiden Hauptpfeiler unserer Stromversorgung sind jedoch politisch stark unter Druck. Mit dem geplanten Ausstieg aus der Kernenergie würden 40 Prozent unserer Stromproduktion wegfallen. Die Wasserkraft mit 55 Prozent Anteil ist aufgrund der hochsubventionierten Wind- und Sonnenenergie im In- und Ausland ebenfalls in Gefahr. Investitionen in diese Energieträger werden wegen der unsicheren Lage verzögert oder gar nicht mehr getätigt.

Nur kleiner Beitrag der Erneuerbaren

Die von den Medien und Mitte-Links-Parteien vielgelobten neuen erneuerbaren Energien wie z.B. Wind und Sonne können diesen Ausfall bei weitem nicht wettmachen. Im Gegenteil, ihr Anteil am Strommix ist trotz Milliarden an Subventionen erschreckend gering.

Heute entfallen nur winzige 0,6 Prozent der gesamten schweizerischen Stromproduktion auf die erneuerbaren Energien Wind und Sonne. Wie man mit diesem kleinen Anteil die Kernenergie wettmachen will, ist heute völlig unklar. Die Versorgungssicherheit der Schweiz und damit auch die Wirtschaftskraft und der Wohlstand werden grobfahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Nein zum Systemwechsel – Nein zur Energiestrategie 2050

Die oben genannten Punkte zeigen eines klar: Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates erfüllt die Voraussetzungen an die Versorgung unseres Landes mit günstiger und sicherer Energie nicht. Anstelle von realistischen Annahmen und Massnahmen dominieren ideologische und utopische Wunschvorstellungen sowie staatliche und regulatorische Eingriffe. Kombiniert mit der Erhöhung von bestehenden Abgaben und Gebühren und der Schaffung neuer Steuern ergibt dies eine Energiepolitik, die unserem Land dauerhaft schadet.

Die Strategie der SVP ist eine andere: Anstelle einer politisch motivierten Verschlechterung der Rahmenbedingungen einzelner Energieträger braucht es deren Gleichbehandlung. Anstelle neuer Abgaben und Gebühren benötigen wir die Reduktion solcher Massnahmen. Anstelle von mehr

staatlicher Regulierung, Subventionierung und Lenkung gilt es Vorschriften abzubauen.

Die SVP

- bekämpft die wirtschaftsschädigende und interventionistische Energiestrategie 2050 des Bundes;
- fordert, dass sich die Energieversorgung an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit, Umweltfreundlichkeit und geringe Immissionen orientiert;
- lehnt neue oder höhere Abgaben und Gebühren, welche die Energie verteuern, kategorisch ab;
- wehrt sich gegen staatliche Lenkungs- und Förderabgaben sowie weitere Regulierungen und Vorschriften im Energiebereich, die insbesondere dem Gewerbe und den Randregionen Schaden zufügen;
- befürwortet den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft;
- spricht sich gegen Technologieverbote aus;
- setzt sich für die Beibehaltung des bisherigen bewährten Strommixes ein und lehnt eine politisch motivierte Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke sowie eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Energieträger dezidiert ab;
- begrüsst die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich neuer erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wind- und Solarenergie sowie Biomasse.

Das bringt mir:

- als Konsument genügend Energie zu jeder Zeit und zu günstigem Preis;
- als Unternehmer eine sichere und bezahlbare Energieversorgung mit hoher Planungssicherheit;
- als umweltbewusstem Bürger eine schadstoffarme und unabhängige Energieerzeugung;
- als Hauseigentümer keine neuen Vorschriften, Verbote und Zwänge;
- als Bewohner einer Randregion Arbeitsplätze in der Nähe;
- als Staatsbürger mehr Unabhängigkeit vom Ausland und den internationalen Preisen sowie weniger Erpressungsmöglichkeiten gegen die Schweiz.

Umwelt

Intakte Umwelt für uns und unsere Nachkommen

Unser Leben ist von der Umwelt geprägt. Eine gesunde Umwelt bildet eine unverzichtbare Grundlage für Wohlbefinden und Lebensqualität heute und in Zukunft. Die SVP ist von ihrer bäuerlichen Herkunft her stark in der Natur verwurzelt. Der Umwelt ist Sorge zu tragen. Dazu ist eine gesamtheitliche, praxisorientierte Politik zu verfolgen, die sich nicht von grünem Fundamentalismus und staatlichem Zwang leiten lässt. Mass halten ist auch hier ein guter Ratgeber.

Hervorragende Situation

Unserer Umwelt geht es gut. Noch nie war die Anzahl von Schadstoffen und Emissionen seit der Industrialisierung so gering wie heute, noch nie waren unsere Flüsse und Seen so sauber. Durch den fortwährenden Einsatz der Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik gelang es uns, die einstmals sauren Böden und die belastete Luft wieder sauber zu machen.

Trotz massiver Bevölkerungszunahme infolge Zuwanderung (+1,4 Mio. Personen) und 34 Prozent mehr Fahrzeugen seit 1990, mehr Wirtschaftsleistung und Wohlstand konnte die Schweiz nicht nur ihre internationalen Verpflichtungen im Umweltbereich einhalten, sie ist auch trotz schlechter geografischer und klimatischer Voraussetzungen eines der Industrieländer mit dem geringsten Schadstoff-Ausstoss pro Kopf. Diese Entwicklung verdanken wir insbesondere dem wissenschaftlichen Fortschritt und den freiwilligen Massnahmen der Industrie.

Praxis vor weltfremder Theorie

Diese Fakten werden von grünen Ideologen und Umwelttheoretikern allzu gerne ignoriert oder abgestritten. Mit dauernder Schwarzmalerei soll den Leuten ein schlechtes Gewissen eingeredet werden. Dies soll den Weg für die Durchsetzung ihrer Politik von erzieherischen Massnahmen, staatlichem Zwang, ausufernden Verboten, Abzockerei und verordneter Freudlosigkeit ebnen.

Stopp dem Regulierungs- und Verbotswahn

Die Schweiz hat bereits ein engmaschiges Netz an Umweltgesetzen und -Vorschriften. Zusätzliche Regulierungen und Verbote bringen der Umwelt nichts, im Gegenteil, sie schwächen diese sogar. Denn nur ein Land mit hohem Wohlstand und gesunder Wirtschaft hat überhaupt die Mittel, die Anwendung von neuen Technologien umzusetzen und damit Verbesserungen für die Umwelt zu erreichen.

Keine neuen Abgaben und Gebühren

Überregulierung sorgt auch für finanzielle Nachteile. Über Jahre hinweg wurden im Namen des Umweltschutzes neue Abgaben und Gebühren eingeführt bzw. die Erhöhung bereits bestehender umgesetzt. Schon heute

bezahlt die Bevölkerung für Abgaben und Gebühren im Umweltbereich jährlich gut 10,5 Mrd. Franken. Dies entspricht 6,3 Prozent am gesamten Aufkommen an Steuern und Sozialbeiträgen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

So sind Abgaben auf Treibstoffe und Heizöl sowie Abfall-, Wasser- oder Strom, aber auch Recyclinggebühren unmittelbare Folge von staatlicher Regulierung. Weitere Gebühren oder Erhöhungen in diesen Bereichen sind in Planung oder werden vom Parlament behandelt, obwohl dies häufig völlig unbegründet ist. Als Beispiel kann angeführt werden, dass die Schweiz bereits heute Recycling-Weltmeister ist dank einem gut funktionierenden System von privaten und öffentlichen Entsorgern. Neue, staatlich verordnete Pfand- und Gebührensysteme braucht es nicht.

Sinnvolle, umsetzbare Lösungen für unsere Nachkommen

Unsere gute Umweltsituation ist darauf zurückzuführen, dass Wirtschaft und Bevölkerung von sich aus die Erkenntnisse des technischen Fortschritts anwenden und danach leben. Daraus sind viele private Initiativen, Innovationen, Produkte, Unternehmen und sogar Berufsbilder entstanden. Damit wurde mehr Wirkung erzielt als mit staatlichem Zwang, Androhung von Strafen oder Verboten. Diese führen vielmehr dazu, dass Wohlstand und Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht auch keine neuen Gesetze, Vorschriften und damit mehr Bürokratie, sondern die konsequente Durchsetzung des bestehenden Rechts. Und schliesslich braucht es auch keine einseitigen Ziele oder Schweizer Sololäufe – Emissionen und Schadstoffe machen schliesslich nicht an der Landesgrenze halt –, sondern internationale Anstrengungen und Beschlüsse, sofern diese von allen Staaten unterstützt und umgesetzt werden.

Gemeinsam handeln – ohne Mahnfinger

Zudem ist auch auf das Prinzip der Freiwilligkeit zu verweisen. Dieses hat dafür gesorgt, dass die Schweiz ihre Position bei der Umweltqualität sogar noch verbessern konnte. Industrie und Gewerbe wie auch Privatpersonen haben dafür gesorgt, dass unser Land frühzeitig Probleme erkennt und diese schöpferisch löst, weil es sich wirtschaftlich lohnt, Vorhaben ohne Subventionen, neue Steuern oder Gebühren durchzuführen.

Wir dürfen das Feld im Umweltbereich nicht den Schwarzmalern, Theoretikern und grünen Ideologen überlassen. Die Umweltpraktiker in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sind Garanten für eine lebenswerte Umwelt.

Die SVP

- befürwortet sinnvolle Bestrebungen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- setzt auf die ständig neuen Erkenntnisse und Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Industrie zur Bewältigung der Umweltprobleme;

- steht ein für geeignete Massnahmen im Bereich Raumplanung, Gewässerschutz, Luftreinhaltung sowie eine unabhängige, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiepolitik;
- bekämpft die Umwelthysterie sowie die Panikmache von Medien, Politikern, Parteien, Organisationen oder internationalen Gremien und lehnt Forderungen oder Massnahmen daraus ab;
- unterstützt nicht Theoretiker sondern echte Umweltpraktiker beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft, Recycler und Gewerbler;
- widersetzt sich der Schaffung subventionierter „Naturparks“ und weiterer staatlicher Eingriffe mit bürokratischen Auflagen für Bauern, Gewerbe und Tourismus;
- verlangt, dass jeder ungerechtfertigte Widerstand gegen wichtige Bau- und Infrastrukturprojekte voll entschädigungspflichtig wird;
- lehnt einseitige umwelt- und klimapolitische Ziele ohne international verbindliche Beschlüsse aller Staaten entschieden ab;
- wehrt sich gegen jegliche neuen oder die Erhöhung bestehender Abgaben und Gebühren im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik.

Das bringt mir:

- als Bürger weniger Ideologie und Panikmache;
- als Familie eine intakte und saubere Umwelt, auch für unsere Kinder und Enkel;
- als Investor mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei Projekten;
- als Gewerbetreibendem und Bauer weniger Auflagen und mehr Möglichkeiten in meiner unternehmerischen Tätigkeit.

Medien

Mehr Vielfalt, weniger Staat

Unabhängige, freie Medien (Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Social Media) sowie der Wettbewerb zwischen den einzelnen Medienanbietern sind der Garant für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Staatliche Beeinflussung wie auch übermässige Regulierungen sind Gift für die Freiheit und Meinungsvielfalt und führen zu einem Monopol. Mehr Wettbewerb, eine enge Definition des Service Public, mehr Transparenz und weniger gesetzliche Fesseln für private Anbieter prägen eine freiheitliche Medienpolitik.

Staatliche Förderung und Subventionen machen abhängig

Die Medienlandschaft verändert sich laufend und mit ihr auch die Gewohnheiten der Medienkonsumenten. An Beliebtheit gewinnende Gratisangebote im Print- und Internetbereich sorgen dabei nicht nur für mehr Vielfalt und Wettbewerb, sondern bedrängen gleichzeitig auch die traditionellen Medienprodukte.

Man kann diese Entwicklung bedauern oder wie linke Intellektuelle gar verteufeln – sie ist jedoch Tatsache. Daran ändern auch grosszügig ausgeschüttete Subventionen und Fördermassnahmen nichts, sie führen im Gegenteil zu höherer staatlicher Abhängigkeit und damit letztlich sogar zu einer Verringerung der Medienvielfalt, da viele Anbieter getreu dem Motto „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ die Botschaft ihres „Gönners“ ungefiltert und unkritisch weitergeben und damit zu einem staatlichen Medienorgan werden.

Missbrauch des Begriffs „Service Public“

Diese Entwicklung ist aber nicht nur im Printbereich mit der nicht mehr zeitgemässen Presseförderung zu beobachten, sondern auch im Fernseh- und Radiobereich. Der Quasi-Monopolist SRG steht dort aufgrund diverser Gesetzesrevisionen praktisch ohne Konkurrenz da. Über 95 Prozent der Gebührengelder fliessen an die SRG. Die Schweizerinnen und Schweizer zahlen die weltweit wohl höchsten Radio- und Fernsehgebühren.

Angesichts dieser Marktmacht erstaunt es nicht, dass die SRG über Jahre hinweg die üppig sprudelnden Gelder für ihre Zwecke gut angelegt hat. Unter dem schwammigen Oberbegriff „Service Public“ wurden der Radio- und Fernsehbereich massiv ausgebaut. Jede Nische wurde mit einem Spartenprogramm besetzt, jede noch so kleine Zielgruppe durch Angebote abgeholt. Die SRG besitzt mittlerweile 18 Radio- und 8 Fernsehsender – kein anderer staatlicher Anbieter eines ähnlich grossen Landes in Europa hat mehr Programme. Auch vor dem Hintergrund der Mehrsprachigkeit und ihrer Herausforderungen lässt sich diese Fülle nicht erklären. Nun will sich die SRG auch noch im Internet ausbreiten.

Für mehr Freiheit und Unabhängigkeit im Medienbereich

Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist zentral für eine funktionierende Demokratie. Die bislang stark auf die SRG zugeschnittenen Gesetze und Regulierungen sind für die Zukunft aufzubrechen und neu zu gestalten. Der Weg darf indes nicht über zusätzliche Gebührengelder für private Anbieter und weitere Abhängigkeiten vom Staat führen. Ziel muss vielmehr sein, dass für die privaten Anbieter eine massive Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen erreicht wird. Dies bedeutet unter anderem, dass Radio- und Fernsehstationen ohne Gebührengelder sofort von staatlicher Kontrolle und Bürokratie befreit werden. Im Weiteren sind staatliche Medienförderungsmassnahmen aufzuheben und nicht noch auszubauen. Der über Jahre praktizierte Missbrauch des Begriffs Service Public ist zu beheben. Mit einer engen Definition soll ein Grundangebot, namentlich im Informationsbereich, sichergestellt werden, die restlichen Programme oder Themen sind dem freien Markt zu überlassen.

Duales System ist die beste Lösung

Im Bereich der Gebühren ist das bisherige System grundlegend zu ändern. Die Praxis, wonach die öffentlich-rechtlichen Sender sowohl Gebühren als auch Werbegelder beziehen, ist aufzuheben und durch ein sogenanntes „duales System“ zu ersetzen. In der Praxis bedeutet dies, dass die öffentlich-rechtlichen Sender weiterhin Gebührengelder bekommen sollen, Werbung soll ihnen aber nicht mehr erlaubt sein. Diese ist den privaten Anbietern vorbehalten, die im Gegenzug aber keine Gebührengelder bekommen sollen.

Die Aufteilung Gebühren für die Staatssender und Werbung für die Privaten ist nicht nur vernünftig, sondern auch fair, vermeidet man damit doch eine zu einseitige und monopolartige Stellung einer der beiden Gruppierungen. Dies führt zu einem stärkeren Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern und für den Konsumenten zu höherer Qualität, mehr Auswahl und besseren Programmen.

Mehr Transparenz, mehr Freiheit und weniger Gebühren

Längst überfällig ist auch die Herstellung von Transparenz in den Rechnungen der SRG. Die Ausgabenposten des Staatssenders sind allesamt offenzulegen – die Bevölkerung hat schliesslich ein Recht darauf, zu erfahren, wofür ihre Rundfunkabgaben ausgegeben werden. Dieselbe Transparenz sollte bei allen staatlichen oder staatsnahen Institutionen ohnehin Standard sein. Urheberrechtsgesellschaften wie SUISA, Pro Litteris und andere in diesem Bereich tätige Genossenschaften, die in der Vergangenheit zu viel erhalten haben oder aufgrund mangelnder Rechtslage eigentlich gar keine Gelder hätten verlangen dürfen, sollen ebenfalls zur vollständigen Offenlegung ihrer Rechnung und damit zu einer besseren Kontrolle aufgefordert werden.

Die höhere Transparenz hat zudem noch einen weiteren positiven Effekt: Sie senkt die Kosten. Damit und mit der Beschränkung des Grundangebots auf den Informationsbereich bei Radio und Fernsehen könnten die staatlichen Medienabgaben massiv reduziert werden. Das Ganze würde dabei

ohne Abstriche an der Themenauswahl, ohne Qualitätsverlust, mit mehr Freiheit und weniger staatlichem Einfluss erfolgen – für eine unabhängige, lebendige und starke Demokratie.

Die SVP

- lehnt eine staatliche Medienförderung und eine weitere Ausbreitung der SRG – insbesondere im Internet-Bereich – ab;
- will private Medienanbieter stärken: Private Radio- und Fernsehstationen ohne Gebührengelder sind umgehend von staatlicher Kontrolle und Bürokratie zu befreien;
- setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten) und lehnt eine staatliche Mediensteuer ab;
- verlangt eine enge Definition des „Service Public“ in Radio und Fernsehen. Damit soll ein Grundangebot namentlich im Bereich der Information in den vier Landessprachen sichergestellt werden;
- verlangt, dass gebührenfinanzierte Fernsehsendungen in der Schweiz produziert und die Gebührengelder in der Schweiz investiert werden;
- fordert eine massive Senkung der Empfangsgebühren, eine Abkehr vom Splitting-Modell (Gebührenausschüttung an SRG und private Sender) und die Festlegung der Gebühren durch das Parlament;
- verlangt umfassende Transparenz und Offenlegung der SRG-Rechnung aufgeteilt nach Sender, Sparte, Verwaltung, Events, Marketing, Lobbying etc.;
- unterstützt ein Verbot von SRG-Meinungsumfragen zu Wahlen und Abstimmungen;
- lehnt Werbeverbote ab. Alle Produkte, die legal erhältlich sind, sollen beworben werden dürfen.

Das bringt mir:

- als Konsument mehr Auswahl und bessere Programme bei tieferen Gebühren;
- als mündigem Bürger weniger staatliche Bevormundung und Beeinflussung;
- als Medienschaffendem weniger Einflussnahme durch den Staat, mehr Freiheit und Unabhängigkeit;
- als Unternehmer vernünftige Werbemöglichkeiten für meine Produkte zu besseren Konditionen.

Sport

Gut für Körper und Geist

Sportliche Betätigung steht wie nur wenige andere Lebensbereiche für Freude, Leistung und Fairness. Sportliche Aktivitäten verschaffen dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und stärken seine Leistungsbereitschaft. Die SVP unterstützt den Breiten-, Schul-, Jugend- und Behindertensport und ganz besonders die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen sowie die Leistungssportlichen Aktivitäten. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind etwa durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.

Sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung

Die sportliche Betätigung erlaubt Jung und Alt eine sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung. Während die Linken über die mangelnde Integration ausländischer Jugendlicher jammern, setzen sich zahlreiche SVP-Mitglieder und Sympathisanten als Trainer und Vereinsverantwortliche im Einzel- und Mannschaftssport genau dafür aktiv ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen sowie im Team Erfolg zu haben. Der Sport bildet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und wertvolle Lebensschule; er fördert Leistungs- und Durchhaltewillen und bringt manche Jugendliche von der Strasse weg. Damit sinkt ihr Risiko, in die Drogensucht oder gar in die Kriminalität abzugleiten.

Sport als Unterrichtsfach

Qualifizierte Sportlektionen unter Anleitung von befähigten Lehrerinnen und Lehrern sollen Kindern und Jugendlichen Spass an Ausdauer, Bewegung und Spiel vermitteln. Der Schulsport bietet Abwechslung zum sitzenden, kopflastigen Schulunterricht, der Breiten- oder Leistungssport einen Ausgleich zum Berufsalltag. Abgesehen vom Schulunterricht und den Infrastrukturen ist der Sport keine primäre Staatsaufgabe.

Spitzensport motivierend für Breitensport

Höchstleistungen von Spitzen- und Leistungssportlern motivieren die Jugend und breite Bevölkerungskreise zur sportlichen Betätigung. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, welches die schulische und/oder berufliche Ausbildung mit einem professionellen sportlichen Training verbindet. Die SVP setzt sich ein für Fairness und bekämpft Spielmanipulationen, Doping und Gewalt.

Die SVP

- unterstützt die sportliche Betätigung zur Förderung von Freude, Leistung und Fairness;
- anerkennt den Sport als wichtige Möglichkeit, in Vereinen und Verbänden schon früh Verantwortung zu übernehmen;

- unterstützt den Schulsport als wichtigen körperlichen Ausgleich zur kopflastigen Ausbildung;
- bekennt sich zum Spitzen- und Leistungssport und dessen Vorbildwirkung für Jugend und breite Bevölkerung;
- fordert unbürokratische und kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten bestehender öffentlicher Infrastrukturen (Sportplätze, Hallen usw.) für die wichtige Arbeit der Sportvereine;
- steht ein für Fairness und bekämpft Doping, Wettbetrug und Gewalt in den und um die Stadien;
- anerkennt die integrative Leistung, die vom Sport in Vereinen und Verbänden ausgeht.

Das bringt mir:

- als Freizeitsportler die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung mit der jeweils nötigen Infrastruktur;
- als Spitzen- und Leistungssportler eine professionelle Ausbildung und Förderung;
- als Mitarbeitender eines Vereins oder Verbands die Möglichkeit, mich aktiv für die Interessen des Sports einzusetzen;
- als Eltern die Gewissheit, dass die Kinder in der Schule oder in Vereinen sportlich gefördert werden und nicht auf der Strasse herumlungern.

Kulturpolitik

Kultur ist Sache der Kultur

Kultur ist der facettenreiche Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Der Antrieb für kulturelle Aktivitäten kommt seit je von Menschen. Kultur ist damit vorab Ausdruck privater Initiative. Staatlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem Zeitgeist und den persönlichen Präferenzen der Kulturbürokraten huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik darf darum das private Angebot höchstens ergänzen und soll föderal ausgestaltet sein.

Keine verordnete Staatskultur

Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht die gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Kulturpolitik führt oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur unterstützen, die ihnen politisch am besten passt. Damit steigt die Gefahr, dass es zu Begünstigung und Mauseleien kommt. Oder aber die Kulturpolitik wird zur Förderung mit der Giesskanne. So oder so ist Kultur Geschmacksache. Hier hat der Staat kaum etwas verloren.

Mehr Geld – mehr Abhängigkeit

Die neue Kulturbotschaft, welche die Leitlinien für die Kulturpolitik des Bundes zwischen 2016 und 2019 vorgibt, zeigt auf, in welche zentralistische und staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes weiter bewegen soll. Die Bundesausgaben sollen auf über 1 Milliarde Franken wachsen. Dieses Wachstum fördert die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat, schafft Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig, durch Eigeninitiative und Leidenschaft getrieben eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Der Bund strebt neu sogar eine „nationale Kulturpolitik“ an. Er will auch die Inhalte der städtischen und kantonalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen und der Förderpolitik aller Ebenen „Konturen“ verleihen. Dies bedeutet aber eine stetige Vereinheitlichung und zentrale Einflussnahme auf die föderalistische Kulturförderung.

Gegen EU-Kulturbürokratie

Die Kulturbürokraten des Bundes streben inzwischen sogar den Anschluss an das EU-Bürokratiemonster „Kreatives Europa“ an. Dieses Programm ist ein milliardenteures Prestigeprojekt der Brüsseler Bürokratie. Damit sollen europaweit 250'000 Kulturschaffende, 2'000 Kinos, 800 Filme und 4'500 Buchübersetzungen finanziell unterstützt werden. Diese zentralistische Förderpolitik ist der Gipfel der Staatskultur. Der Bürger wird schlussendlich für diese Begehrlichkeiten zur Kasse gebeten, dürfte aber kaum von zusätzlichen kulturellen Angeboten profitieren. Längst hat sich die Kulturbürokratie verselbständigt. Auf Publikum ist sie nicht mehr angewiesen.

Eigeninitiative schafft Kultur

Kultur ist nach Ansicht der SVP grundsätzlich weder eine Angelegenheit des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist Sache der Kultur. Der Staat soll gegenüber der Eigeninitiative und der privaten Förderung nur subsidiär wirken. Öffentliche Unterstützung der einen Projekte heisst zugleich immer Diskriminierung aller nicht geförderten Projekte. Deshalb kämpft die SVP einerseits gegen die sich ausweitende Kulturbürokratie und andererseits gegen die einseitig politisch getriebene Förderung im Rahmen der heutigen Kulturpolitik.

Gelebte Kultur heisst Vielfalt

Unter Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was die Menschen durch ihr Handeln hervorbringen. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat sollte das Ziel haben, ein geistiges Klima zu schaffen, das eine kulturelle Vielfalt ermöglicht. Die aktuelle Kulturpolitik macht leider das Gegenteil. Kulturpolitik darf nicht die Einheitlichkeit anstreben, sondern muss Vielfalt zulassen. Gerade darum muss die Kulturpolitik der Schweiz den föderalistischen, dezentralen Strukturen unseres Landes entsprechen. Primär sind die Kantone und die Gemeinden, nicht der Bund für die Kulturförderung zuständig.

Private Initiative würdigen

Stattdessen sind privates Mäzenatentum oder Sponsoring besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Vielfalt, Wettbewerb, Eigeninitiative und Leidenschaft sind die Werte, von denen die Kultur lebt. Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbei zielt, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Die Staatskultur verzerrt diesen Wettbewerb und fördert politisch und ideologisch motivierte Projekte. So wird heute unsere Volkskultur kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen Einsatz und vom Beitrag von Einzelnen, Vereinen oder Stiftungen.

Kultur schafft Zusammengehörigkeit

Leistungsbereitschaft und Freude gelten dort gemeinhin als zusammengehörende Elemente, also genau das, was die Gesellschaft heute braucht. Laientheater, Laienorchester, Gesangsvereine, Musikverbände, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken und Rockbands: Sie alle streben weniger nach dem Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas gemeinsam mit Herzblut zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Diese Form der Kultur braucht auch keine Subventionen, dafür umso mehr Anerkennung und eine faire Ausgangslage. Dies ist auch der Kern unserer Milizkultur. Nicht umsonst gelten die weltweit fast einzigartigen und vielseitigen Vereine der Schweiz als Schulen der Demokratie dank Eigen- und Gemeinschaftsverantwortung unter demokratischer Teilhabe. Dies gilt es zu unterstützen.

Die SVP

- verlangt in der Kulturpolitik die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, denn der Bund darf nur ergänzend zu den Gemeinden und Kantonen tätig sein;
- will, dass sich die Kulturpolitik auf Bundesebene strikt auf die Kernaufgaben beschränkt;
- tritt dafür ein, dass die fehlgeleitete, auf mehrere Departemente verteilte Kulturbürokratie gemäss Verfassungsauftrag gestrafft wird. Das Einsparpotential im Bereich einer halben Milliarde Franken Steuergelder pro Jahr für teilweise fragwürdige Kulturförderung ist zu nutzen;
- fordert die Beendigung der Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip;
- lehnt eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik im Rahmen einer „nationalen Kulturpolitik“ ab;
- fordert die gezielte Förderung und massive steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;
- steht für die Volkskultur in Vereinen und privaten Strukturen ein, die nicht vom Staat abhängig ist, sondern aus Eigeninitiative in Eigenverantwortung lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger schafft;
- verlangt, dass die heimische traditionelle Kultur gegenüber internationalen und bürgerfernen Prestigekulturprojekten bevorzugt wird;
- wehrt sich gegen die geldverschwenderische, bürger- und wirtschaftsferne Teilnahme an EU-Kulturprogrammen.

Das bringt mir:

- als kulturinteressiertem Menschen ein vielfältiges statt einfältiges Angebot;
- als Kulturschaffendem mehr Freiraum und Schutz vor staatlicher Einflussnahme und Monopolisierung;
- als Volksmusiker oder Laiendarsteller die Wertschätzung des Publikums.

Religionen

Zu unseren Werten stehen

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Diese ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen, und unsere Landeshymne hat die Form eines Gebets. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen.

Die eigenen Wurzeln pflegen

Die Trennung von Kirche und Staat soll nicht verschleiern, dass ein durch den christlichen Glauben geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und auch leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.

Rechtsordnung achten

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies darf uns indes nicht daran hindern, gewisse Entwicklungen kritisch zu begleiten. Es gibt heute das Denktabu, den Islam nicht genauer und auch differenziert kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben weit über 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistisch-extremem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen sind ein nicht zu unterschätzendes Problem. Es gibt auch bei uns Personen und Gruppen, die mit einem radikalen Islam sympathisieren. Gleichzeitig werden Forderungen islamischer Gemeinschaften laut, als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt zu werden oder ihre Geistlichen an unseren Universitäten ausbilden zu lassen. Diesen Herausforderungen sowie der Forderung nach rechtlicher Sonderbehandlung darf nicht kritiklos und blauäugig begegnet werden.

Glaubens- und Gewissensfreiheit hoch halten

Unsere nicht nur geistigen, sondern auch historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten bleiben und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen wesentlichen Beitrag an eine soziale Schweiz. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Diese Toleranz findet aber da ihre Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar bekämpfen.

Auf Regeln pochen

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls zur Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmorden», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Viehhehen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch von Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeder auch noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden.

Keine Parallelgesellschaften

Das Rechtswesen hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich beispielsweise das Islamismusproblem nicht weiter verschärft. Es ist klarzumachen, dass unsere Regeln für alle Angehörigen von Religionsgemeinschaften gelten und jeder sich anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt immer. Darum sind etwa Dispensation vom Schwimmunterricht, Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden.

Die SVP

- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur;
- fordert, dass beispielsweise Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;
- lehnt jegliches religiös motivierte Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht;

- fordert ein Verbot der Verschleierung bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern oder in Lehrberufen;
- lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, namentlich auch den Sport- und Schwimmunterricht;
- verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots;
- will, dass Schweizer Bürger, die im Ausland als Terroristen oder Dschihadisten aktiv gewesen sind, bei der Rückkehr in der Schweiz hart bestraft werden;
- fordert, dass Ausländer, welche von der Schweiz aus als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind, ihren Aufenthaltsstatus per sofort verlieren und ausgewiesen werden;
- lehnt die Anerkennung nicht-westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

Das bringt mir:

- als Gläubigem die Freiheit zur Ausübung meines Glaubens;
- als Eltern die Gewissheit, dass sich meine Kinder auch in der Schule an christlich-abendländischen Werten orientieren können;
- als Lehrer Klarheit über den Besuch des Unterrichts durch meine Schüler;
- als Bürger Schutz vor Gewalt und öffentlicher Aufwiegelung zum Hass.

Mensch im Mittelpunkt

Eigenverantwortung statt Bevormundung

Die SVP befürwortet das Streben jedes Menschen nach Glück und Zufriedenheit. Individuelle Entscheidungen müssen in Selbstverantwortung geschehen; es darf nicht sein, dass am Schluss der Staat über das Gelingen oder Scheitern von privaten Lebensentwürfen entscheidet. Die Familie muss auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule der Gesellschaft spielen. Dazu braucht sie grosse Freiräume und möglichst wenig Eingriffe des Staates.

Keine Verstaatlichung der Familie

Der Staat greift zunehmend in die Familiengestaltung ein, indem er gewisse Familienformen bevorzugt. So diskriminieren etwa staatliche Subventionen und Steuergeschenke für Krippenbetreuung die traditionelle Familie. Der Staat interveniert auch dort, wo die Gesellschaft problemlos funktioniert, und zahlt zum Beispiel an Kinderkrippen für Eltern, die dies finanziell nicht nötig haben. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Massnahmen helfen sollen, die Gesellschaft zu verändern. Der Staat mischt sich immer mehr in die Erziehung der Kinder ein, anstatt sich auf seinen Bildungsauftrag zu beschränken.

Schule wird missbraucht

Aufgrund vermeintlicher Missstände wird gerne die Schule zur Problemlösung herangezogen, sei dies im Bereich der Sexualerziehung, im Umgang mit Medien und Konsum oder bei der „politischen Bildung“. Ein freiheitliches Verständnis geht davon aus, dass Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen.

Gleichmacherei

Die geplanten Reformen des Ehe- und Familienrechts führen zu Beliebigkeit und Unverbindlichkeit. Die Ehe zwischen Mann und Frau soll geschwächt werden, indem alle möglichen Formen des Zusammenlebens ihr gleichgestellt werden. So wird beispielsweise die Gleichstellung von Polygamie (Vielehe) diskutiert. Die bereits anerkannte und der Ehe rechtlich gleichgestellte gleichgeschlechtliche Partnerschaft soll als Ehe gelten. Des Weiteren will man Mechanismen einrichten, dass das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern nach einer gewissen Zeit automatisch als Familie gilt. Dem Missbrauch und der Willkür wird damit Tür und Tor geöffnet. Probleme beim Erbrecht, bei den Sozialversicherungen, beim Scheidungsrecht, beim Unterhalt oder beim Steuerrecht sind vorprogrammiert.

Zurückhaltung des Staates

Solche Reformen führen nicht zu einer liberalen Gesellschaft, sondern zu einer Verstaatlichung des Privatlebens. Sie bedrohen wichtige gesellschaftliche Zellen wie die Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften, die unabhängig vom Staat existieren.

Familien stärken

Die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau bilden die Grundlage unserer Gesellschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz des Staates. Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und geben ihnen Liebe und Geborgenheit. Dabei lernt das Kind Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen.

Mehr Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit

Wertvolle Arbeit wird nicht nur am bezahlten Arbeitsplatz geleistet, sondern Tag für Tag auch im privaten Kreis, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, Pflege von Angehörigen oder der Betreuung der Kinder. Diese Arbeit wird mehr und mehr abgewertet und mit dem Schlagwort Professionalisierung an den Rand gedrängt. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen oder Mittagstische können die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt an bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend neben guten beruflichen Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch ein Umfeld, das ihnen Wertschätzung entgegenbringt und in dem sie ihre Persönlichkeit weiterentwickeln können. Die SVP unterstützt daher auch Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung und würdigt die Ehrenamtlichkeit.

Kein Kampf zwischen den Geschlechtern

Männer und Frauen sollen einander ergänzen. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welche Funktionen oder welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten. Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Die SVP

- setzt sich für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern;
- verlangt, dass die kleinste und wichtigste Zelle unserer Gesellschaft, die Familie, in Freiheit und ohne staatliche Bevormundung leben kann;
- will keine Vielehen und keine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe;
- ist gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare;
- lehnt einen staatlich diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaub ab;

- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft;
- lehnt staatliche Quotenregeln und so genannte Genderpolitik ab;
- fordert die Abschaffung der Gleichstellungsbüros und sonstiger Ämter, die das Privatleben staatlich reglementieren und die Gesellschaft umerziehen wollen;
- will keine zentral vorgeschriebenen Tagesstrukturen, sondern sinnvolle Angebote auf der Stufe der Gemeinde, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;
- unterstützt das Zusammenleben in Familie, Vereinen, Nachbarschaften, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften;
- fordert die Stärkung der Meinungsäußerungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm.

Das bringt mir:

- als Individuum möglichst viel Freiheit und möglichst wenig staatliche Bevormundung;
- als Familie Freiraum für die eigenverantwortliche Entfaltung und Schutz vor staatlicher Einflussnahme auf die Erziehung;
- als Kind Liebe und Geborgenheit in der Familie;
- als Ledige, dass ich nicht immer noch mehr für andere bezahlen muss;
- Gleichberechtigung in der Beziehung zwischen Mann und Frau.